Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950
1949

7 (17.2.1949)

Visual Library

BADISCHES VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 4 / Nr. 7 — Mannheim, 17. Februar 1949 — Preis 15 Pfg.

Angebliche Freiheitsliebe

Ungarn begrüßt Mindszenty-Erörterungen vor UN

Der ungarische Außenminister Ladzlo Rajk erklärte, daß Präsident Truman, Acheson und Bevin den plumpen Versuch gemacht hätten, sich im Mindszenty-Prozeß in die inneren Angelegenheiten des freien und unabhängigen Ungarns einzumischen. Vorsätzlich seien Tatsachen entstellt und gefälscht worden. Ungarn begrüße, wenn die UN den Fall Mindszenty erörtern würden, damit die öffentliche Meinung der Welt die falsche Humanität und angebliche Freiheitsliebe der Imperialisten demaskieren könne.

Der bizonesische Weg ins größere Elend

Die Soforthilfe und Vorschußzahlung auf Vermögenssteuer wieder verschoben — Erhöhung des Brotpreises durch Ernährungsausschuß der VfW beschlossen — „Konservative und bescheidene Gewerkschaften"

Im Gesetz zur „unsozialen" Währungsreform war als tröstende Beifügung das Versprechen auf den Lastenausgleich enthalten. Den durchzuführen war deutschen Stellen übertragen worden. Der „Frankfurter Wirtschaftsrat" hat an Stelle eines allgemeinen Gesetzes über den Lastenausgleich das „vorläufige" Soforthilfegesetz beschlossen, aber auch dieses — trotzdem es alles andere als eine wirkliche Vorschußzahlung auf den Lastenausgleich ist — wird wieder und wieder auf die lange Bank geschoben. Ein neuer Termin ist für seine Durchführung festgesetzt worden.

Die Vorauszahlung auf die Vermögenssteuer, die am 10. Februar mit der ersten Rate fällig gewesen wäre, soll nunmehr erst am 10. Mai 1949 entrichtet werden. Selbst dieser Termin aber ist fraglich. Der Direktor der Verwaltung für Finanzen hat die Verschiebung damit begründet, daß die „Situation auf dem Gebiet der Steuern" noch ungeklärt ist.

Die Aermsten der Armen, denen vor Monaten schon durch das Gesetz der „Soforthilfe" und einer geringen Erhöhung der völlig unzulänglichen Sozialrenten ein klein wenig Linderung ihrer bitteren Not versprochen worden war, müssen auf die Einlösung dieser bescheidenen Versprechungen noch länger warten. Die Großverdiener werden, wie immer, geschont, ihre geringen Leistungen hinausgezögert, bis die „Steuersituation" geklärt sei. Der Beschluß der Verwaltung der Finanzen, die Vorauszahlung der Vermögenssteuer auf den Mai zu verschieben, kommt einer behördlichen Aufforderung zur Steuerflucht gleich.

Vielleicht ist bis dahin für die Aermsten der Ostflüchtlinge und Sozialrentner die „Situation" auch durch ihren Hungertod geklärt. Der Staat kann sich in Bizonesien leisten, die Großverdiener unter immer neuen Begründungen zu begünstigen.

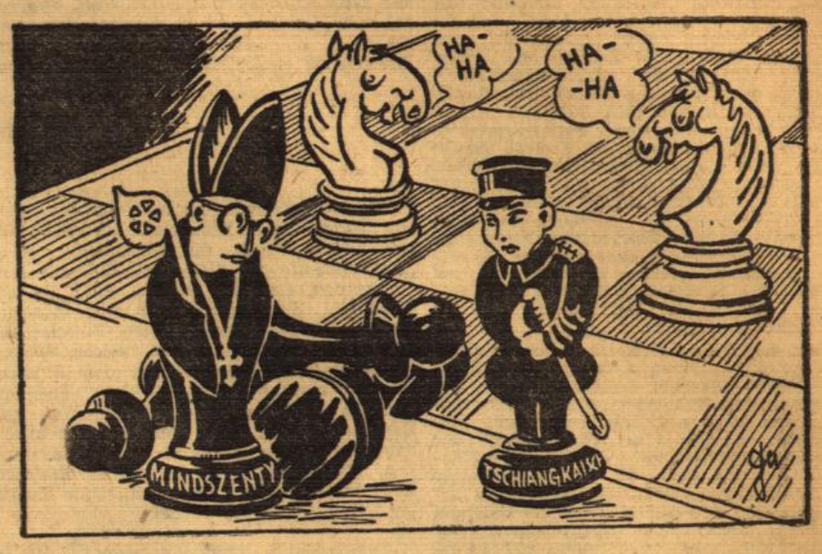
Brotpreiserhöhung um 12 Pfennig für's Kilo

Wenn noch jemand im Unklaren darüber gewesen sein sollte, daß die angekündigte Importberechnung nach Weltmarktpreisen eine sprunghafte Verteuerung der Lebensmittel verursachen wird, wird ihm durch den Frankfurter Wirtschaftsrat jeder Zweifel ausgetrieben. Der Ernährungsausschuß des Wirtschaftsrates hat in der vergangenen Woche die Erhöhung des Preises für Weizenbrot pro Kilo um 11,73, für Roggenbrot um 10 bis 12 Pfennig beschlossen. Für Weizenmehl erhöhen sich die bisherigen Preise um 20 bis 25 Prozent. Für Margarine wird sie sogar 32 bis 34 Prozent betragen.

Dem Ansinnen der Fischdampfer-Reedereien auf Erhöhung der Fischlandepreise hat die Frankfurter Verwaltung für Wirtschaft gleichfalls ihre Zustimmung gegeben. Die Landepreise werden eine Erhöhung von 30 und selbst 50 Prozent für Fische betragen. Man kann sich ausrechnen, wie die Wirkung auf den Kleinverkaufspreis sein wird

Eine vielsagende Feststellung

Die Möglichkeit einer deutschen Exportkonkurrenz beunruhigt in einem großen Maße das Ausland. Der britische Handelsminister Wilson nahm zu dieser Frage im britischen Unterhaus Stellung. Er erklärte dabei, die deutschen Löhne lägen um 40 Prozent unter denen, die in England gezahlt werden. Daß es für ihn bei dieser Feststellung nur Schlußfolgerungen hinsichtlich der Gefährlichkeit der deutschen Exportkonkurrenz gibt, können wir bei ihm nicht anders erwarten. Für uns enthält diese Feststellung aber den wiederholt geführten Beweis, um wievieles der Lebensstandard des deutschen Arbeiters unter dem Existenzminimum liegt. Der deutsche Arbeiter hungert und die herrschende Schicht macht Profite wie noch nie. Der deutsche Arbeiter muß Weltmarktpreise zahlen und frägt sich, wo die Weltmarktlöhne bleiben.



„Ich teile vollkommen Ihre Auffassung, Exzellenz. Bei einem wahrhaft königlichen Spiel dürfen nur Bauern geschlagen werden!"

Die Gewerkschaften waren sehr bescheiden

Auf einer von der JEIA veranstalteten Pressekonferenz wurde Mr. Cahan gefragt, ob nicht die Verteuerung der Getreideeinfuhren den deutschen Arbeiter schwerstens treffe müsse. Er wurde gleichzeitig darauf hingewiesen, daß sich die Gewerkschaften in einem Aufruf unter Hinweis auf die Lebensmittelverteuerung für Lohnerhöhung und Preissenkung ausgesprochen haben.

Mr. Cahan antwortete: „Die Gewerkschaften waren bisher sehr bescheiden mit ihren Forderungen. Man kann sagen, außerordentlich konservativ. Im vergangenen Jahre wurde ihnen von der Militärregierung eine 15prozentige Lohnerhöhung genehmigt. Eine große Anzahl von Gewerkschaften hat diese Möglichkeit nicht ausgenützt."

„Die Gewerkschaften haben diese Möglichkeit nicht ergriffen." Mr. Cahan hätte besser sagen sollen: einige führende Gewerkschaftler haben diese Möglichkeit nicht ergriffen, dann hätte er völlig ins Schwarze getroffen. Der Konservatismus eben dieser Gewerkschaftsführer besteht nicht nur in der Bescheidenheit ihrer Forderungen, sondern eben auch darin, die alte Arbeitsgemeinschaftspolitik zwischen Unternehmern und Gewerkschaften wieder aufleben zu lassen, und Verbeugungen vor dem Hungerdiktator Prof. Erhard, wie sie Tarnow und Albin nachgesagt werden, zu machen.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft kann nur erwarten, daß „Möglichkeiten ausgenutzt" werden, wenn sie selbst willens ist, dies zu tun. Die neue sich ankündende Welle der Verteuerung der Lebensmittel wird sie vor diese Notwendigkeit stellen. Wenn die Arbeiterschaft dieser gerecht wird, dann wird es auch für die oberste Gewerkschaftsführung eine Notwendigkeit geben, der sie nicht ausweichen kann.

„Das war kein Märtyrer"

Die Tatsache, daß ein Primas die Rolle eines rechtseingestellten Politikers gespielt, seine politische und religiösen Prinzipien über das Wohl des Landes gestellt hat und einer Finanzpolitik gefolgt ist, die durch das Beispiel Monsignors Cippico berühmt geworden ist, hat dem Vatikan erheblich geschadet. Dies waren nicht die Handlungen eines Märtyrers, und Kardinal Mindszenty verhielt sich auch nicht wie ein solcher ... Manchester Guardian

Märchen von der Terrormedizin

Auf Anweisung ihrer Bischöfe gaben katholische Priester in unserem Lande ausführliche Berichte, wie er (Mindszenty, d. Red.) durch „Feuerproben" gequält wurde. Unsere sonst so wenig sensationelle katholische Zeitschrift „Tablet" gab einen solch gruseligen Bericht über die Foltern mit Arzneien, die man anwandte. Auf Wunsch eines medizinischen Fachmannes brachte die Zeitschrift 14 Tage später dessen Ausführungen, die den Bericht als „so bunt gemischt und melodramatisch" bezeichnen, „daß er einen Mediziner schockieren kann". Man behauptet, daß das Medikament Actedron gebraucht wurde, das das Nervenzentrum zerstören und den Willen lähmen soll. Eine einfache Nachfrage bei einem Kenner der Pharmazeutik, wie ich sie vornahm, würde ergeben, daß Actedron in Wirklichkeit Benzedrin-Phosphat ist, das bestimmt nicht die beschriebene Wirkung hat. Benzedrin ist ein altbekanntes Mittel, das einige von uns einnehmen, wenn sie erkältet sind, und das benutzt wird, um Leute aufzuwecken und ihre Kraft zu erhöhen. Studenten nehmen es manchmal vor den Prüfungen.

News Statesman and Nation

Die verlassenen Minister

Aus London wird uns geschrieben:

Dienstag, den 25. Januar, gingen wir mit einigen Kollegen zum Bahnhof in der Liverpool-Street. Es war die Ankunft von zwölf prominenten deutschen Politikern angekündigt, die als Gäste der Hansard-Gesellschaft die parlamentarischen Einrichtungen unseres Landes kennenlernen sollten. Wir waren deshalb sehr erstaunt, daß der Bahnhof und auch der Bahnsteig, an dem der Zug mit den deutschen Gästen eintreffen sollte, das gewohnte Bild zeigte. Außer einigen mir bekannten Journalisten war niemand zu sehen. Kein Regierungsvertreter oder Parlamentarier war erschienen, nicht einmal ein Vertreter der einladenden Hansard-Gesellschaft. Sie können sich die Gesichter der pünktlich um 9 Uhr eintreffenden Politiker, darunter die Minister Amelunxen, Kubel, Dr. Strickrodt und der Vorsitzende der CDU, Berlin, Dr. Schreiber, vorstellen, die sich mutterseelenallein einigen Reportern gegenübersahen. Als diese sie befragt und photographiert hatten, wußten die Minister weder, wohin sie sich wenden sollten, noch hatten sie Geld, um sich ein Taxi zu mieten. Ueber zwei Stunden standen die deutschen Politiker auf dem kalten Bahnsteig, und ich möchte nicht die Worte wiederholen, die wir von ihnen zu hören bekamen. Sie waren bitter enttäuscht. Ich weiß nicht, ob man stillschweigend übereingekommen war, über diesen Empfang nicht zu berichten, oder ob auch die Zeitungen die Angelegenheit nicht für wichtig genug hielten. Es war jedenfalls weder eine Zeile zu lesen noch ein Bild in den Blättern zu sehen.

Britische Asiensorgen

Die Männer des britischen Weltreichs haben große Sorgen. Ihr Kolonialreich zerfällt. Es zerren viele an ihm. Der „große Bruder" USA nimmt ihm „wohlwollend" manches ab. Deshalb betonen sie auch mehr die Gleichberechtigung als die Freiheit. Ein Blick in die englische Presse zeigt, daß die „bösen Kommunisten" ihnen noch mehr zu schaffen machen. Für die Kommunisten ist es eine Ehre, wenn es so ist. Wir haben keinen Zweifel, daß in all den asiatischen Ländern, in denen sich sehr lange der britische Imperialismus wie zu Hause fühlte, es ihm reichlich ungemütlich geworden ist, nachdem Freiheit auf den verschiedenen Gebieten für die Völker dieser Länder eben nicht die englische Literaten- oder Propagandaangelegenheit geblieben, sondern zum Ziel einer praktischen Verwirklichung geworden ist. Es sind zwar nicht bloß Kommunisten, die in Asien Fesseln empfinden, aber es ist so bequem, nur gegen diese zu Felde zu ziehen. Als Propaganda bitter genug, wenn man mit den Waffen die Völker insgesamt zur Raison bringen will.

Die Guerillakämpfe in Malaya gehen mit unverminderter Heftigkeit weiter. „The Observer" schreibt zu den britischen militärischen Anstrengungen: „... aber es gibt einige Anzeichen, die darauf schließen lassen, daß der Fortschritt (der militärischen Operationen) langsam vor sich geht und daß der Feldzug weniger erfolgreich ist, als in den offiziellen Erklärungen behauptet wird ... Nur eine mächtige Offensive und wiederholte Erfolge können jetzt noch eine schnelle Verschlechterung der Lage aufhalten."

Burma macht gleichfalls Kopfzerbrechen. Die Hoffnung hatte man auf die Gebirgsstämme, die Karen gesetzt. Fast ein Jahrhundert lang waren sie die Stützen der britischen Herrschaft. Ueberraschend kommt dann die Meldung, daß die Jahre während den Unruhen in Burma durch einen Aufstand der Karen zur direkten Bedrohung der Hauptstadt Rangun geführt haben und die Gegenangriffe der Regierungstruppen erfolglos blieben.

Auf der Insel Zypern hapert es auch. Der dortige Gouverneur wollte kürzlich Vollmachten, um sich gegen Kommunisten und Nationalisten durchsetzen zu können. In London schwankt man. Schein und Wirklichkeit auf einen Nenner zu bringen, ist nicht leicht.

Die britische Asienpolitik ist ein unlöslicher Knäuel von allem, was zwischen Diplomatie und nackter Gewaltanwendung liegt. Wir sind überzeugt, man würde gern auf die Diplomatie verzichten und es mit den Waffen halten. Wo es aber an so vielen Ecken brennt, sind Grenzen für Waffen gezogen und der Diplomatie ein Tor geöffnet. Aber nur deshalb. -ii-

Ein Erfolg: Max Reimann aus der Haft entlassen

Die Protestwelle muß zur Aufhebung des Urteils führen

Max Reimann, der wegen seines schlechten Gesundheitszustandes, eine Folge der im KZ zugezogenen Leiden, bereits in das Anstaltslazarett eingeliefert worden war, wurde am 12. Februar auf Befehl des britischen Militärgouverneurs für Deutschland, General Sir Briand Robertson, auf freien Fuß gesetzt, um an der Arbeit des Parlamentarischen Rates teilnehmen zu können.

Diese vorläufige Haftentlassung dürfte nicht zuletzt auf die zahlreichen Willensäußerungen aus ganz Westdeutschland für die Freilassung Max Reimanns zurückzuführen sein.

Max Reimann hatte den Mut, er sagte Nein zum Ruhrstatut; so las man es auf hunderten von Plakaten an Wänden, Säulen, Mauern und Brücken. Groß war vor allem im Ruhrgebiet überall die Parole gemalt: Laßt Max Reimann frei!

Die Kette der Sympathieerklärungen für Max Reimann reißt nicht ab. In vielen hunderten von Zuschriften und Telegrammen, die ihm meist direkt ins Gefängnis geschickt wurden, sprechen Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung ihre Verbundenheit mit Max Reimann und dem Kampf um die nationalen und sozialen Lebensrechte unseres Volkes aus.

Ein erster Erfolg ist erreicht. Aber noch besteht das Urteil. Noch handelt es sich nur um eine Haftaussetzung. Die Revision des Urteils wurde inzwischen abgelehnt. Fordert die Freiheit für Max Reimann, fordert die Aufhebung des Urteils. Spendet für den Verteidigungsfonds. Max Reimann wurde durch sein Auftreten gegen Ruhr- und Besatzungsstatut und Weststaatbildung zum entschiedenen Vorkämpfer für Einheit, Freiheit und Frieden. Helft mit, unterstützt diesen Kampf.

„Wegen aufrechter Vertretung deutscher Interessen verfolgt"

Es muß bedenklich stimmen, wenn gegen ein Mitglied des Parlamentarischen Rats in Bonn ein Strafverfahren wegen Gebrauchs der Redefreiheit durchgeführt wird; auch wenn wir nicht übersehen, daß wir ein besetztes Land sind. Es ist schon oft vorgekommen, daß führende deutsche Politiker Aeußerungen getan haben, die auch Besatzungsmächten mißfallen konnten und geeignet waren, deren Arbeit in Deutschland zu erschweren. Aber es ist dies noch nie zum Gegenstand einer Anklage vor einem Militärgericht der Besatzung gemacht worden.

Eine an sich unwichtige Aeußerung eines Machtlosen ist nun interessant geworden. Das Urteil eines Militärgerichts wird in den Augen manches Deutschen auch die Gleichzeitigkeit dieses Urteils mit dem Spruch gegen die Bochumer Demontage-Verweigerer nicht übersehen. Der Unwille gegen die fortgesetzten Dmontagen, gegen die Nichtanerkennung der Verstaatlichung des Kohlenbergbaus, wie er vom Landtag in Nordrhein-Westfalen beschlossen war, und manche andere Verhinderung sozialer Umgestaltung in Westdeutschland durch die Militärregierungen, können den Anschein erwecken, Herr Reimann und seine Partei würden wegen aufrechter Vertretung deutscher Interssen verfolgt.

„Stuttgarter Zeitung"

CDU will die Mieten erhöhen

Wohnungsbau-Debatte im Landtag — KPD verlangt einmalige progressive Vermögensabgabe für Wohnungsbau

Die beiden Landtagssitzungen am 10. und 11. Februar befaßten sich mit dem Wohnungsbau in Württemberg-Baden. In den Debatten kehrte immer der Widerstreit zwischen der „freien Wirtschaft" und einer Lenkung des Wohnungsbaus wieder. Die bürgerlichen Fraktionen, die die Frage mit Mietpreiserhöhungen lösen wollen, treten für eine „freie Wirtschaft" ein, die bisher schon auf dem Gebiet des Wohnungsbaus völlig gescheitert ist. Konsequent verlangte nur die kommunistische Fraktion im Interesse der vielen tausende Ausgebombten und Heimatvertriebenen eine einmalige progressive Vermögensabgabe, die ausschließlich für den sozialen Wohnungsbau erfolgen soll und die Ueberführung von Betrieben der Baustoffindustrie in Gemeinwirtschaft. Der Initiativ-Gesetzentwurf und die Anträge der verschiedenen Parteien wurden einem 16köpfigen Sonderausschuß überwiesen.

Abgeordneter Heurich (CDU) begründete die Große Anfrage seiner Fraktion über die Förderung des Wohnungsbaus. Er unterließ zwar nicht zu erklären, daß die Bauwirtschaft „von oben her gelenkt und von oben her beeinflußt werden müsse", ohne indessen vom Prinzip der „freien Wirtschaft" abzugehen. Zu „revolutionären" Schritten ist die CDU allenfalls bei der Baugestaltung bereit.

Innenminister Ulrich gab in seiner umfangreichen Antwort interessante Zahlen über den Wohnungsmangel und den Wohnungsbau bekannt. Insgesamt fehlen in Württemberg-Baden 300 000 Wohnungen für rund 1,5 Millionen Menschen. Seit der Währungsreform unterliegen Baustoffe nicht mehr der Bewirtschaftung und sind nicht mehr preisgebunden (Zwischenruf Abg. Häring (CDU): „Gottseidank"). Der Baustoffindex ist auf 300 Prozent des Standes von 1940 gestiegen. Bei den noch gebundenen Mieten zeigt die Bauwirtschaft kein Interesse am privaten Wohnungsbau. Zwei wichtige Zementwerke des Landes liegen zur Zeit still, angeblich wegen Kohlenmangels. (Um die Preise hochzuhalten, dürfte der Wahrheit näher kommen, D. R.) Das Wohnbauprogramm für das Baujahr 1949 sieht 12 000 Wohnungen vor, für welche Staatsmittel bereitgestellt werden sollen. Pro Wohnungseinheit rechnet man mit einem verlorenen Zuschuß für den unrentablen Teil in Höhe von rund 4000 DM, das sind insgesamt 48 Millionen DM.

In der Debatte sprach sich der CDU-Abgeordnete Dr. Häring für eine Mietpreiserhöhung bei den alten und neuen Wohnungen um 20 Prozent aus. Aehnliche Forderungen zielen alle darauf hin, kapitalkräftige Bauherren durch starken Profitanreiz zum privaten Wohnungsbau zu veranlassen, selbst die nach dem Plan des Innenministeriums vorgesehenen Staatszuschüsse enthalten keinen Vorbehalt, daß ihre Gewährung mit bestimmten Auflagen über Miethöhe und Wohnungsbelegung verknüpft ist. Die Betriebe der Bauunternehmer, die um 100 % überhöhte Preise verlangen, solle man nicht in Gemeineigentum überführen, meinte Dr. Häring, sondern auf „schwarze Listen" setzen. (Zwischenruf Schätzle (KPD): „Dann wird's schwarz in Deutschland!")

Abg. Kohl (KPD) fragte Häring, wo es denn solche Wohnungen gebe, bei denen die Miete nur 6—8 % des Lohnes des Mieters betrage. Heute müsse häufig ein noch höherer Anteil als der frühere Durchschnitt von 25 % für die Miete ausgegeben werden.

Jetzt räche es sich, sagte Kohl, daß nicht schon vor Jahren gebaut wurde, was möglich gewesen wäre, wenn das Material an der Quelle erfaßt und verteilt worden wäre. Die dem Landtag von den anderen Parteien unterbreiteten Vorschläge würden bewirken, daß in Zukunft nur noch an den Meistbietenden verkauft würde. Der Arbeiter werde aber nie der Meistbietende sein, er werde also weder bauen noch die Miete für eine anständige Wohnung bezahlen können.

Die Sorge der Baustoffproduzenten könne auch nicht auf eine Senkung der Preise gerichtet sein. Vertreter der Unternehmerverbände der Industrie Steine und Erden hätten andere Sorgen, z. B. die, einen Streikabwehrfonds von vorläufig einer Million DM zu schaffen. Für das Zusandekommen solcher Beträge seien natürlich überspitzte Gewinnspannen notwendig

Wofür die Unternehmer Geld haben

Die Arbeitgeber der Industrie Steine und Erden sind sehr aktiv. Am 16. Dezember 1948 traf sich ihr Generalstab, um über seine Strategie und Taktik zu beraten. Alles, was in dieser Industrie einen Namen hat, war vertreten. Dr. Martin und R. A. Kindler vom Arbeitgeberverband in der britischen Zone, Dr. Midell vom Arbeitgeberverband Rheinland-Pfalz, Herr Schätz aus Bayern, Dr. Banditt vom Wirtschaftsverband Ziegelindustrie der Bizone, Dr. Spamer aus Württemberg-Baden und Dr. Riffel, der den Vorsitz führte.

Letzterer wußte vorauszusagen — welch weise Prophetie —, daß eine dritte Lohnwelle gegen die Unternehmer anzubranden drohe, über deren Abwehr zu beraten sei. Auf, Unternehmern, schließt die Reihen! Ein Gesamtverband für die Trizone wurde beschlossen. Diesem Verband müsse ein Streikabwehrfonds von einer Million DM zur Verfügung stehen, der die kommende Flut eindämmen soll.

Vorsichtshalber beschlossen die Herren Unternehmer, ihren Fonds nicht bei einer kommunalen oder öffentlichen Bank zu deponieren, damit ihre Million DM vor den Wechselfällen des politischen Lebens geschützt sei. Eine unserer bescheidenen Meinung nach völlig unangebrachte Vorsicht. Eine fortschrittliche Regierung wird weder vor einem Antistreikfonds in einer Privatbank noch übrigens vor dem Unternehmerverband selbst Halt machen, und vor der CDU-SPD-Koalition brauchen sich die Unternehmer wiederum nicht zu fürchten.

Aber uns scheint der Schritt auch sonst etwas unüberlegt. Warum sollten sich die Arbeiter eigentlich von dieser Million DM ins Bockshorn jagen lassen? Uns will scheinen, daß sie weit eher so schlußfolgern werden: wenn unsere Herren Unternehmer eine Million für einen Antistreikfonds erübrigen können, warum sollten sie dann keine Lohnerhöhungen bewilligen?

Im Streiflicht gesehen

Ausgerechnet Dr. Hans Lehmann

Dr. Hans Lehmann, der bisherige außenpolitische Redakteur der „Neuen Zeitung" und langjährige Herausgeber des Leipziger Naziblattes „Die Allgemeine Zeitung", wollte sich dafür rächen, daß er auf Initiative maßgeblicher Amerikaner wegen „Entwicklung nationalistischer Gefühle" aus der Redaktion der „Neuen Zeitung" ausgebootet wurde. Wie die „New York Herald Tribune" zu berichten weiß, beantragte er, daß sich die amerikanischen Mitarbeiter der „Neuen Zeitung" einer Untersuchung durch den berüchtigten „Ausschuß für unamerikanische Umtriebe" unterziehen sollen. Damit, so scheint es uns, hat Dr. Lehmann nicht nur verraten, welche Kreise ihn bisher trotz, oder gerade wegen seiner braunen Flecken in einer hohen Position stützten. Daß ein Nazipropagandist den Schutz des Rankin-Ausschusses anfleht, ist wohl auch besser als irgend eine andere Tatsache geeignet, den wirklichen Charakter des „Ausschusses für unamerikanische Umtriebe" bloßzulegen. Herr Lehmann weiß schon, an wen er sich wendet — an seinesgleichen. Aber interessanter als diese Geste Lehmanns ist die Tatsache, daß es erst eines Aufsatzes in der „New York Herald Tribune" bedurfte, damit einige ehemalige Mitarbeiter Goebbels aus der „Neuen Zeitung" entfernt wurden.

Lateinamerika ist in Bewegung

Dort von Revolutionen zu hören oder Revolten gehörte zur Tagesordnung wie auch zum Beruf seiner Militärs. Auch heute vernehmen wir am laufenden Band Nachrichten über Regierungsstürze in irgendeinem der Länder Lateinamerikas. Daran wäre nichts besonderes, aber die Bewegungen dort haben einen anderen Charakter bekommen. Die intrigierenden Generale, Großgrundbesitzer und auch Fabrikanten sind in den Bewegungen durch das Element der Massen in den Hintergrund gedrängt worden. Die sozialen Spannungen werden sichtbar. Aus ihnen erwächst mehr und mehr die Ursache der sich häufenden Krisen und Regierungsablösungen.

Kommunistenverfolgungen erscheinen den Machthabern in Lateinamerika ebenfalls das Rezept zu sein, dieser Tatsache zu begegnen. Das gehörte offenbar ins Programm des Paktes von Rio. Man hat wenig Glück damit. Auch in Lateinamerika lassen sich die sozialen Probleme so nicht lösen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Wohin führt die Preisentwicklung?

Verteuerung der Lebenshaltungskosten

Die augenblickliche Abschwächung einiger Preise, besonders in der Luxusindustrie, hat Hoffnungen erweckt, daß nunmehr der grundlegende Wandel in der Preisentwicklung eingetreten sei, den die VfW und besonders Professor Erhard mit viel Stimme und wenig Ueberzeugungskraft angekündigt habe. Ist dieser grundsätzliche Wandel nun eingetreten?

Die konjunkturelle Entwicklung der Westzonen ist nicht nur eng verflochten mit der Entwicklung des Weltmarktes, auch die politischen Einwirkungen auf den Wirtschaftsablauf werden zu einem Teil von nichtdeutschen Stellen vorgenommen. Wir haben kürzlich von einer fallenden Preistendenz auf den Weltagrarmärkten berichtet, während die Metallpreise weiterhin unter dem Trend des Aufstieges stehen. Auch Baumwolle steht neuerdings wieder im Zeichen des Preisanstiegs. Wolle auf den ostasiatischen Märkten ist in der Tendenz weiterhin fest, obwohl die Wollpreise in den USA fallen.

Der Preisfall auf den Weltagrarmärkten senkt das deutsche Preisniveau nicht, im Gegenteil, wenn die derzeitigen Weltmarktpreise für Lebensmitteleinfuhren ab 1. April auf Dollarbasis verrechnet werden müssen, wird nach Ansicht von Dr. Schlange-Schöningen durchschnittlich eine 20prozentige Preissteigerung für Lebensmittel eintreten. Die steigenden Metallpreise werden dagegen auch auf die deutschen Preise ihre Wirkung nicht verfehlen, da sich die Einfuhrpreise und die Rohstoffkosten erhöhen.

Nach der Währungsreform nahm das deutsche Preisniveau einen Aufstieg, der nicht in den Gestehungskosten begründet war. Die Erhöhung der Kohlenpreise, der Transporttarife usw. kann nicht als Begründung hingenommen werden. Die Hauptursache der Preiserhöhungen ist in den spekulativen Manipulationen zu sehen, die den Warenhunger der Bevölkerung ausnutzten. Daß daher auf den sogenannten freien Märkten ein Halt und schließlich auch eine Abschwächung der Preisentwicklung eintreten mußte, war zu erwarten. Bisher kann man aber real von einer Herabsetzung der Preise nicht reden, da die Artikel eines durchschnittlichen Arbeiterhaushaltes fast nicht davon betroffen werden, wohl aber Luxuserzeugnisse. Die starke Nachfrage in den letzten Monaten war auch zum Teil durch die Geldflüssigkeit hervorgerufen.

Die Erwartung eines allgemeinen Preisfalls ist illusorisch, und es gibt im Wirtschaftsleben keine Hinweise dafür, die diese Erwartung rechtfertigen. Die Einfuhrrohstoffe stehen weiterhin im Zeichen steigender Preise, die sich vorläufig nicht abschwächen werden, weil überall von unterversorgten Metallmärkten berichtet wird. Dagegen wird von Seiten der VfW mit einer Rohstoffschwemme in den nächsten Monaten gerechnet, da dann eine Reihe Rohstoffeinfuhren fällig werden, die infolge des schwerfälligen Außenhandelsapparates bisher verzögert wurden. Der deutsche Bedarf ist so nachhaltig, daß jede Kaufkraft sofort realisiert wird, weil der Nachholbedarf praktisch unerschöpflich ist.

Auch von der Geldseite kann eher von preissteigernden Einflüssen als vom Gegenteil gesprochen werden. Der Wochenausweis der Bank deutscher Länder (BdL) vom 31. Dezember 1948 zeigte einen Anstieg der ausgegebenen Banknoten um 291 Millionen DM auf 6319 Millionen DM. Der zum Jahresultimo verständliche Anstieg der zirkulierenden Noten hat aber nach dem Ausweis vom 7. Januar fast keine Abschwächung erfahren, da die Zirkulation nur um 79 Millionen DM zurückging. Im Ausweis vom 15. Januar ist wohl eine weitere Entlastung der BdL von 211 Millionen DM ausgewiesen — jedoch ist auch diese Entwicklung nicht genügend für eine Abschwächung der Preise. Ein zirkulierendes Geldvolumen von dieser Höhe (wobei die Zirkulationsgeschwindigkeit gegenüber der Vorkriegszeit nach allen Angaben weit höher liegt), das sich zudem noch aufbaut, ist — marktwirtschaftlich gesehen — nur ein anderer Ausdruck für die hohen Preise der Gegenwart. Die Zunahme der Geldzirkulation läßt eher noch einen Preisanstieg erwarten. Auch die Bemühungen um die Kreditrestriktion sind bisher fehlgeschlagen. In der Bankenstatistik der letzten Dezemberwoche war eine Abnahme der Kredite von 4,1 Millionen DM ausgewiesen. In der ersten Januarwoche stiegen sie wieder um 5,9 Millionen DM an. Diese Kredite sind vornehmlich finanztechnische Schöpfungen, also unechte Kaufkraft. Alle diese Merkmale und Methoden wirken preissteigernd.

Aus all dem kann gefolgert werden, daß mit einer fühlbarenn Erleichterung der Lebenslage der Volksmassen durch Preissenkungen in der nächsten Zukunft nicht gerechnet werden kann. Damit entfallen auch die Einwände, die von einer Anzahl Gewerkschaftsführer gegen eine Erhöhung der Löhne vorgebracht wurden. Die Lohnforderungen können durch die neue Entwicklung — die immer mehr die Illusionen einer Preissenkung zerstört — nicht länger übergangen werden. Seit der Währungsreform sind die Arbeitsleistungen um 30 Prozent und mehr gestiegen. Die Erhöhung der Löhne und Gehälter muß diesem Umstand Rechnung tragen. Hinzu kommt, daß infolge besserer Ausnützung des Produktionsapparates (78 Prozent von 1936 im Dezember gegen 70 Prozent im November) eine Kostensenkung eintritt, die sich in einer Herabsetzung der allgemeinen Unkosten pro Produktionseinheit (Stück usw.) ausdrückt. Auch hier wäre eine reale Möglichkeit der Lohnerhöhung ohne Preiserhöhung gegeben. **Die Gewerkschaften sollten das nicht übersehen.**

A. St.

Bischof von Birmingham:

„Lenin, einer der größten Männer des 20. Jahrhunderts"

Wie wir dem „Daily Worker" (London) vom 24. Januar 1949 entnehmen, hat Dr. Barnes, der Bischof von Birmingham, auf die Kritik seiner kürzlichen Bemerkungen geantwortet, daß einige kirchliche Vertreter durch unkluge Gegenüberstellung von Christentum und Kommunismus dem Frieden keinen Dienst erwiesen hätten, denn sie hätten vergessen, daß das Christentum einen kommunistischen Anfang gehabt hat.

Dieser mutige „Rebell" der anglikanischen Kirche hatte sich ebenfalls gegen die Billigung der Atom-Kriegführung durch die Kirche gewandt. Dr. Barnes appellierte an alle kirchlichen Vertreter der Welt, den erhabenen Humanismus des Kommunismus zu erkennen und die gegen ihn gerichtete Kriegshetze einzustellen. Er erklärte: „Der Kommunismus ist eine politisch-soziale Bewegung für die Wohlfahrt des einfachen Mannes. Das Christentum sollte eine religiöse Bewegung mit demselben Ziel sein. Leider hat in vielen Ländern „das Salz seinen Geschmack verloren".

In seiner Antwort fährt Bischof Dr. Barnes fort: „Ich bin kein Kommunist, denn ich glaube, daß die Wohlfahrt des einfachen Mannes auch ohne Revolution, auf dem Wege der ruhigen Entwicklung verwirklicht werden kann. Doch ich wünsche von unserer Seite eine freundschaftliche Anerkennung der Größe der Leistungen Lenins, ohne daß Verdrehungen und Argwohn uns in einen dritten Weltkrieg führen. Lenin", so sagte Dr. Barnes, „war einer der größten Männer des 20. Jahrhunderts. Die geistige Grundlage des Kommunismus ist sein erhabener Humanismus. Seine Führer haben fortwährend eine soziale Politik verfolgt, die erfolgreich über die halbe Welt getragen worden ist und die Härten der Armen erleichtert und die Vorteile der Bildung verbreitet hat. Der Kommunismus trachtet nach der Durchführung der Bodenreform in jenen Ländern, in denen katholischer Adel gewaltige Güter besaß oder noch besitzt. Die Sympathien dieses katholischen Adels und der Kirche liegen bei der alten Gesellschaftsordnung. Dies aber darf kein Grund sein, daß kirchliche Vertreter in England, von der anglikanischen oder der freien Kirche, den Kommunismus in solch heftiger Weise verurteilen, um einen Krieg zwischen den westlichen Demokratien und den kommunistischen Staaten zu schüren."

Finanzminister planen Einwohnersteuer

Zum Kolonialstatut die Negersteuer

Bei den Beratungen der Finanzminister der Bizone, die in Königstein bei Frankfurt stattfanden, wurde die Einführung einer „Einwohnersteuer" diskutiert, die von den Gemeinden erhoben werden soll. Es sei erwünscht, die Bürger durch eine Massensteuer mit der gemeindlichen Finanzwirtschaft zu verbinden. Eine solche Steuer werde nach der Auffassung der Finanzminister eine „heilsame Wirkung" ausüben und ein psychologisch-politischer Weg zur Demokratie sein. Die Gemeinden würden damit in eigener Finanzverantwortung stehen. Die staatlichen Zuschüsse könnten wegfallen und die Einkommensteuer darum geringfügig gemacht werden.

Die geplante „Einwohnersteuer", die in der Oeffentlichkeit den Spitznamen „Negersteuer" erhalten hat soll auch von Personen eingezogen werden, die nicht einkommen- und lohnsteuerpflichtig sind. Insbesondere die Fürsorgeempfänger sollen durch eine Abgabe, die sich zwischen 50 Pfennigen und 1 Mark bewegen wird, „daran erinnert werden, daß sie in einer sozialen Gemeinschaft leben und zu ihr beisteuern müssen." Insgesamt soll die Einwohnersteuer einen Mindestbetrag von 500 Millionen DM in der Bizone aufbringen. Es wird den Gemeinden überlassen bleiben, die Höhe im Rahmen einer allgemeinen Größenordnung entsprechend ihren eigenen Bedürfnissen festzusetzen. Unserem Korrespondenten wurde erklärt, daß in der Gesetzgebung keinerlei Sicherungsmaßnahmen vorgesehen sind, daß die Stadtparlamente nicht eine beliebige Erhöhung vornehmen, wenn der gemeindliche Haushalt in Unordnung geraten sein sollte. „Das ist eine Sache der Demokratie und der Wählerschaft, das zu verhindern", erklärte Dr. Fischer-Melzhausen als Vertreter des Länderrates. Die neue Steuer wird nach Auffassung der Finanzminister die Kluft zwischen reichen und armen Gemeinden weiter vergrößern und den Finanzausgleich erschweren. Man glaubt jedoch, diese Nachteile in Kauf nehmen zu können. Mit diesen neuen Besprechungen ist nunmehr die Diskussion über die „Negersteuer" in ein entscheidendes Stadium eingetreten. In politischen Kreisen Frankfurts sieht man in den Plänen der Finanzminister einen Versuch, auf dem Umweg über die Gemeinden eine Erhöhung des Gesamtsteueraufkommens zu erzielen und auf die sozial schwächeren Schichten zu verlagern.

Jugend im Ringen mit den Gegenwartsproblemen

Für die Rechte der Jugend und ein ungeteiltes Deutschland

Auf den 5. und 6. Februar hatte ein vorbereitender Ausschuß der schaffenden Jugend unter dem Protektorat von Herrn Ministerialrat Hassinger vom Kultusministerium Württemberg-Baden eine Arbeitstagung nach Eßlingen a. N. in das Reichsbahn-Ausbesserungswerk einberufen, auf der 88 Delegierte insgesamt über 23 000 Jugendliche vertraten. Neben den Naturfreunden war die FDJ, die Bauernjugend und die Studentenschaft offiziell vertreten. Weitere 70 Anwesende, darunter Jugendliche der Gewerkschaften und je ein Vertreter der Katholischen Jugend und der Jungsozialisten, Karlsruhe, nahmen als Gäste teil.

Schriftliche Grüße richteten an das Treffen neben einer Reihe von Organisationen und Betriebsräten aus allen Zonen Deutschlands der englische Labour-Abgeordnete Platts-Mills, die englische Student-Labour-Föderation und der Weltbund der demokratischen Jugend, Paris.

Die Tagung sollte gemeinsam zentrale und kulturelle Fragen erörtern und einen Weg zur Lösung der dringenden Probleme suchen.

Nach der Begrüßungsrede von Ministerialrat Hassinger, in der er betonte, es gehe darum, die gesamte Jugend zusammenzuführen, alle Kräfte, die guten Willens sind, zu einen und das Gespräch zwischen Ost und West nicht abreißen zu lassen, gab Herr Fritz Brütsch, der 2. Vorsitzende des Stadt-Jugendausschusses Stuttgart, in dem Hauptreferat „Unser Kampf um eine gesicherte und friedliche Zukunft" den Delegierten an Hand umfassenden statistischen Materials eine Diskussionsgrundlage für ihre Arbeit in den einzelnen Kommissionen.

Am Nachmittag zeigte sich bei den Sitzungen der 3 Kommissionen (soziale Fragen der Jugend in den Betrieben — soziale Fragen der Jugend an den Hochschulen — kulturelle Probleme der Jugend) eine gute Zusammenarbeit dieser jungen Menschen, die in einer freien Diskussion zu drei grundlegenden Entschließungen kamen.

Ein Aufruf an die schaffende und lernende Jugend umriß noch einmal die gegenwärtige Situation und schloß mit der Forderung: „Laßt uns kämpfen gegen die Feinde der Jugend, gegen Kriegshetze, Ausbeutung, Schiebertum und Bürokratie,

für eine der Teuerung angepaßte Entlohnung und Erhöhung der Lehrlingsvergütung — eine radikale Herabsetzung der Lebenskosten, gleichen Lohn für gleiche Arbeit — ein besseres, fortschrittliches Jugendarbeitsschutzgesetz — die Zulassung der Mädel zu allen Berufen, die sie ausüben können —

für Aufnahme unserer Grundrechte in eine künftige Verfassung, das heißt: Mitbestimmungsrecht im Staat vor Vollendung unseres 21. Lebensjahres und im Betrieb vom Beginn der Beschäftigung an — Sicherung des Studiums für begabte Mädels und Jungen — Recht auf Arbeit und Erholung — Recht auf Bildung für die schaffende Jugend — Recht auf Freude und Frohsinn durch bessere Möglichkeit zur Teilnahme am kulturellen Leben und durch Maßnahmen zur Förderung der Jugendbewegung und des Jugendsports —

für ein ungeteiltes Deutschland mit einer Verfassung, die uns die Verwirklichung unserer Forderungen und Rechte sichert.

Allein sind wir nichts — vereint aber alles! Danach laßt uns handeln! Organisationsgrenzen dürfen uns nicht trennen, wo uns die gemeinsame nationale und soziale Not eint. Wo es auch immer sein mag, laßt uns mit den Gewerkschaften und Jugendorganisationen, im Betrieb und in den Schulen, kämpfen für unsere gemeinsamen Forderungen: Frieden, Freiheit, Arbeit, Brot, Recht, Aufstieg!"

Die Konferenz beschloß, einen ständigen Ausschuß zu bilden, dem neben Vertretern aus den Betrieben, Ober- und Berufsschulen Delegierte der Naturfreunde, Bauernjugend, FDJ und des ASTA der Techn. Hochschule Stuttgart angehören. Die jungen Delegierten stimmten begeistert den Vorschlägen des Tagungsleiters zu, die Einheit der schaffenden und lernenden Jugend weiter auszubauen und den ständigen Ausschuß zu beauftragen, ähnliche Bestrebungen in anderen Teilen Deutschlands voll zu unterstützen.

Es waren einmal 10 Punkte

Unsere letzte Ausgabe enthält zwei nicht leicht wiegende Fehler, die durch technische Versehen erklärt werden müssen. Besonders schwerwiegend sind sie im Falle des Artikels: „Es waren einmal zehn Punkte". Es fehlte zu der Leserzuschrift die Vorbemerkung der Redaktion. Diese lautete: „Nachstehend drucken wir eine Leserzuschrift ab, die in ihrem Grundgehalt einen wichtigen Beitrag zum gewerkschaftlichen Kampf und einem seiner aktuellsten Probleme enthält. Dies, obwohl nicht in jeder Schlußfolgerung sie die Ansicht unserer Redaktion wiedergibt."

In dieser Leserzuschrift waren im Druck zweimal die Worte „Gewerkschaftsbonzen" enthalten. Beim Korrekturlesen ist dies entgangen. Die Verwendung dieses Begriffes entspricht nicht der Auffassung der Redaktion und der Grundhaltung des „Volksechos", denn er stellt einen nicht leicht zu nehmenden politischen Fehler dar. Wenn wir Gewerkschaftsdiskussionen auf der Ebene dieses Begriffes führen würden, leisteten wir der Ablenkung von den Grundfragen der Gewerkschaftspolitik auf ein gefährliches Nebengleis Vorschub.

In einem zweiten Artikel: „Frauen im Kampf gegen den Krieg" fehlt im Druck die Unterüberschrift. Beim Beginn des Druckes stellten wir eine völlige Sinnentstellung dieses fest, so daß nichts mehr anderes übrig blieb, als sie auszustechen. Zwischen Hauptüberschrift und Text fehlte damit das Verbindungsglied. Die Unterüberschrift lautete: „KPD unterstützt Unterschriftensammlung des Hamburger Frauenausschusses".

Eine Unverfrorenheit

Leserzuschrift gegen Marx- und Leninfälschung

Im Wirtschaftsteil der letzten Samstag-Ausgabe des „Mannheimer Morgen" bezeichnet F. O. Weber als das Gebot der Stunde: die Beendigung des Klassenkampfes! Paradoxerweise zitiert er dabei keine Geringeren als Karl Marx und Lenin. Er stellt sie kurzerhand in den Dienst kapitalistischer Interessen. Dabei erfahren wir erstmals, daß Marxens „Kritik der politischen Oekonomie" seit 100 Jahren „die Welt eroberte". Bislang haben wir nur feststellen können, daß seine Theorie von allen „wissenschaftlichen" Handlangern und Lakaien des Kapitals begeifert wurde. Aber für ein solch großes Unterfangen, wie die Beendigung des Klassenkampfes, macht es sich besser, wenn man gleich Marx und Lenin, jesuitisch interpretiert, als Kronzeugen fungieren läßt. Es gehört wirklich schon eine ganz gehörige Portion Unverfrorenheit dazu, diese beiden inkarnierten Klassenkämpfer für die Interessen des Kapitals im Sinne von Klassenversöhnlern einzuspannen. Die Methode, Karl Marx, der uns lehrte, daß alle bisherige Geschichte eine solche von Klassenkämpfen sei, in diesem Sinne zu verfälschen, ist ja nicht neu. Darin haben sich vor F. O. Weber schon andere vergeblich versucht. Seine Bestrebungen gehen natürlich konform mit den Absichten gewisser Gewerkschaftsführer, unseren Kapitalisten bei ihrer „Aufbautätigkeit" jegliche Beunruhigung wegen des Klassenkampfes zu nehmen.

Nach den gewaltigen Zerstörungen im Verlauf des zweiten Weltkrieges schien es für jeden Sozialisten unumstößlich festzustehen, daß für den deutschen Kapitalismus diesmal unabänderlich die Todesstunde geschlagen hatte. Ein Wiederaufbau auf privatkapitalistischer Grundlage war ja nur unter der ganz unvorstellbaren Voraussetzung möglich, daß sich das deutsche Proletariat widersinnigerweise dazu bereit finden würde, auf Jahre hinaus im Interesse der Kapitalisten den Hungerriemen eng zu schnallen, nur um seinen Ausbeutern und Unterdrückern die Chance zu geben, sich ihm wieder erneut in den Nacken zu setzen. Mit andern Worten gesagt, es war einfach unvorstellbar, daß sich das deutsche Proletariat, das einmal für die Proletarier aller Länder ein vorbildlicher Begriff war, dazu mißbrauchen lassen würde, viele Jahre zu Kulilöhnen zu schuften, während seine Ausbeuter die von ihm erzeugten Produkte zu Weltmarktpreisen absetzen und die ungeheuren Gewinne für Zwecke des Wiederaufbaus kapitalistischer Betriebe verwenden. Das „Jedermann-Programm" mit seinen „billigen" Preisen spielt dabei lediglich die Rolle des Augenverwischens, denn der Arbeiter kauft damit nur den Dreck.

Als Sozialist mußte man annehmen, daß das deutsche Proletariat sich sagen würde: wenn schon im Interesse des Wiederaufbaus gehungert werden muß, dann für meine Interessen, dergestalt, daß ich auf der sozialistischen Grundlage aufbaue. Dann weiß ich wennigstens, daß nach Ablauf einiger Jahre der Riemen wieder weiter geschnallt werden kann, ohne daß ich in der weiteren Entwicklung eine Wirtschaftskrise nach kapitalistischem Muster und damit neues Elend zu befürchten brauche. Das hätte man annehmen sollen! Daß selbst unsere bankerotten Kapitalisten mit einer solchen Einstellung des Proletariats rechneten, beweist der Umstand, daß sogar die CDU zum Zwecke der Irreführung ursprünglich den Sozialismus als Forderung auf ihre Parteifahne geschrieben hatte, diese jedoch sofort wieder in der Versenkung verschwinden ließ, als ihre Befürchtungen sich als gegenstandslos erwiesen. Denn leider hat uns das Nazi-Regime bei der Arbeiterschaft ein verheerendes Klassenbewußtsein hinterlassen. Aus der Vergangenheit wurde wenig gelernt. Die Arbeiterschaft ist zu nicht unwesentlichen Teilen Objekt gegen ihre Klasse — gegen die Kommunisten. Viele begreifen nicht, daß, wenn z. B. ein Radiosprecher davon spricht, daß die Haltung der deutschen Arbeiterschaft in dieser schweren Zeit über alles Lob erhaben sei, dies einer Verhöhnung des Proletariats gleichkommt.

Es würde weit über den Rahmen dieses Artikels hinausführen, wollten wir auf den Unsinn des Herrn F. O. Weber hinsichtlich des Wettlaufs zwischen Löhnen und Preisen eingehen. Auch können wir in diesem Rahmen nicht die Zusammenhänge zwischen Löhnen und Rationalisierung behandeln, wie dies F. O. Weber in jesuitisch-dilettantischer Weise tut.

Für den deutschen Arbeiter ist entscheidend zu wissen, daß er heute unter Kulibedingungen schuftet, in hoffnungsloser Aussicht auf die Zukunft, denn sein heutiges Hungerdasein wird ihn trotz „Jedermann-Programm" und Exportsteigerung nicht davor bewahren, ein Opfer des grausamen Spiels kapitalistischer Wirtschaftsgesetze zu werden, wenn es ihm und seiner Klasse nicht gelingt, den Volksfeinden der Reaktion halt zu gebieten.

H. St.

Die goldenen Trompeten

Mikle Queen ist ein amerikanischer Satiriker, von dem Theodore Dreiser sagte, er habe etwas von Rabelais und etwas von Swift. Wir bringen nachstehend eine typische satirische Erzählung, die wir der Illustrierten Rundschau, Berlin, entnehmen.

„Der berühmte Forscher Dr. Emmery Hornsnagel bringt in seinem neuesten Buch „Seltsame Sitten des Volksstammes Ljap-Ljap" einige interessante Beobachtungen bezüglich der Redefreiheit unter den Einwohnern einer wenig bekannten Insel.

Während eines Empfanges des berühmten Forschers am Hofe von Iggy Bumbum, des „Slobob", des Häuptlings der Ljap-Ljap, fragte Dr. Hornsnagel, ob das Gesetz den Bürgern gestatte, frei und offen ihre Meinung zu sagen. „Zweifellos", antwortete der Slobob. „Die Bevölkerung unserer Insel genießt absolute Redefreiheit, und die Verwaltung wird in voller Uebereinstimmung mit dem Volkswillen geführt."

„Und wie wird das praktisch gehandhabt?" fragte Dr. Hornsnagel. „Auf welche Weise stellen Sie die öffentliche Meinung fest, wenn es sich um die eine oder andere Frage handelt?"

„Das ist ganz einfach", erklärte der Slobob. „Wenn eine wichtige Frage entschieden werden soll, rufen wir die gesamte Einwohnerschaft der Insel zur Beratung in unserer Residenz zusammen. Mein alter Diener liest von einer Pergamentrolle alle Fragen ab, die zur Beratung vorliegen. Danach stelle ich den Volkswillen fest, indem ich auf die goldenen Trompeten höre."

„Was ist denn das, die goldenen Trompeten?" fragte Hornsnagel.

„Die goldenen Trompeten", sagte der Slobob, „sind das einzige Mittel, mit dessen Hilfe die öffentliche Meinung ausgedrückt werden kann. Ich hebe die Hand über den Kopf und rufe: „Wer dafür ist, blase!" Daraufhin blasen alle, die für die vorgeschlagene Resolution sind, in die goldenen Trompeten. Danach hebe ich die linke Hand auf und rufe: „Wer dagegen ist, blase!" Jetzt bläst die Opposition in die goldenen Trompeten. Diejenige Seite, die lauter bläst, stellt natürlich die Mehrheit dar, und zu ihren Gunsten wird die Frage entschieden."

„Meiner Meinung nach", sagte Dr. Hornsnagel, „das ist die vollkommenste Art der Demokratie, von der ich bisher gehört habe. Ich würde sehr gern einer solchen Aeußerung der Volksmeinung beiwohnen, um die ganze Prozedur zu photographieren."

Am nächsten Tage erhielt Dr. Hornsnagel Gelegenheit, alles mit eigenen Augen zu sehen. Die Bevölkerung der Insel wurde zu einer Beratung bei Hofe zusammengerufen, um eine wichtige Frage zu entscheiden. Es waren insgesamt annähernd 3000 Menschen, alle vollkommen nackt, wenn man den Hüftenschurz nicht rechnet. Doch kurz vor Beginn der Zeremonie erschienen noch vier Personen, die reich gekleidet waren und in kostbaren Sänften hereingetragen wurden. Wertvolles Geschmeide funkelte an ihnen, sie dufteten nach aromatischen Kräutern und nahmen auf seidenen Kissen vor der Menge Platz. Ihre Diener fingen sofort an, sie mit Wedeln und Straußenfedern zu fächeln.

„Wer ist das?" fragte Hornsnagel.

„Das sind die reichsten Leute unserer Insel", antwortete der Slobob. Unmittelbar nach der Ankunft der Reichen verlas der alte Diener die Pergamentrolle. Dann trat Slobob vor und hob die rechte Hand: „Alle, die dafür sind, blasen!" schrie er.

Die vier reichen Herren hoben ihre goldenen Trompeten und bliesen aus voller Lunge.

Dann hob der Slobob die linke Hand: „Wer dagegen ist, blase!"

Kein Laut war zu hören.

„Die Entscheidung ist angenommen!" erklärte der Slobob, und die Prozedur war zu Ende.

Als alle Anwesenden auseinandergegangen waren, fragte Dr. Hornsnagel den Slobob, warum die vier reichen Herren die einzigen gewesen wären, die in die goldene Trompete geblasen hätten.

„Weil sie die einzigen sind, denen ihr Reichtum gestattet, goldene Trompeten zu besitzen", erklärte der Slobob. „Die übrigen sind einfaches Arbeitervolk."

„Meiner Meinung nach hat das nicht die geringste Aehnlichkeit mit freier Meinungsäußerung", sagte Hornsnagel. „Es kommt darauf hinaus, daß ein kleines Häuflein Reicher in seine Trompete bläst. Bei uns in Amerika hat das Volk die unbeschränkte Möglichkeit, seinen Willen auszudrücken."

„Tatsächlich?" rief der Slobob. „Wie geht denn das vor sich?"

„In Amerika", erklärte Hornsnagel, „haben wir an Stelle von goldenen Trompeten Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunkstationen."

„Das ist sehr interessant", sagte der Slobob. „Doch wer herrscht über diese Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunkstationen?"

„Die Reichen", antwortete Hornsnagel.

„Demnach ist es bei euch genau so wie bei unseren Ljap-Ljaps", sagte der Slobob. „Die Reichen blasen auch bei euch in ihre eigenen Trompeten und entscheiden somit alle Angelegenheiten zu ihren Gunsten."

Mikle Queen.

Mutter Tsai

von Agnes Smedley

Als ich die alte Mutter Tsai zum ersten Male sah, hatte sie sich schon zu einer Leiterin der Frauen des Tales aufgeschwungen. Sie war ungewöhnlich groß für eine Frau aus dem südlichen Jangtsetal. Ihre Haut war braun und die Adern auf ihren alten Händen standen heraus wie die Vorsprünge auf einer Hügelwand. Sie war die Verkörperung der Würde und Rechtschaffenheit.

Vor dem Krieg war das Dorfleben einförmig gewesen. Aber als im vorigen Jahr die neue Vierte Armee in das Tal einmarschierte, schien die Welt mit ihr einzuziehen. Als sie an die Türen der Dorffrauen klopften, da bebte die alte Welt. Die Frauenorganisation zur nationalen Rettung wurde im Tal geboren. Sie wuchs, bis sie über hundert Mitglieder hatte. Man konnte oft sehen, wie Mutter Tsais magere große Gestalt über die Pfade von Dorf zu Dorf gingen und die Frauen aufforderte, die literarischen Kurse zu besuchen und Diskussionsgruppen beizutreten. Immer war es Mutter Tsai, die die Gespräche auslöste, und nie beendete sie eine Ansprache, ohne über die Rechte der Frauen zu sprechen oder die Männer aufzufordern, ihre eigenen Frauen in die Vereinigung zu schicken.

Manche Männer hatten solche Reden nie zuvor gehört und horchten respektvoll. Was solche Themen angeht, kommen mir die chinesischen Männer immer zivilisierter und toleranter vor als die aus dem Westen. Manchmal erhob sich ein Mann und protestierte gegen die neuen Frauen.

Da gab es zum Beispiel den Kaufmann Chang. Mutter Tsai war ihm besonders zuwider geworden, als sie entdeckt hatte, daß er die weißen Bohnen aufkaufte und wohl in die von den Japanern besetzte Stadt Wuhu weiterverkaufte. Vielleicht machen die Japaner Oel aus ihnen. Niemand achtete Chang, denn er war verdächtig, seine Hand in dem neuen Opiumschmuggel des Dorfes zu haben.

Wir hatten eines Nachmittags ein gewaltiges Massenmeeting. Zuerst hatte Mutter Tsai einen Anfall von Lampenfieber, aber dann überwand sie ihre Angst und sprach über die Frauenrechte und den Anteil der Frauen am Krieg. Sie kündigte an, daß ihre Vereinigung die Wurzel alles Uebels in diesem Tal, wie Spiel, Opium und Müßiggang, ausrotten würde.

Einige Tage später wurde ich von dem Militärarzt gerufen und fand zu meinem Schreck die alte Mutter Tsai verwundet auf einer Tragbahre. Mit schwacher Stimme erzählte sie, was geschehen war, alles wegen Spiel und Opium. Die Frauenorganisation hatte die Männer gedrängt, die Spielhölle zu schließen und als es nichts genützt hatte, war sie mit anderen Frauen hingelaufen und hatte den Männern einfach befohlen, heimzugehen. Als sie grob wurden, packte sie einen dicken Stock und hieb rund im Zimmer in alles Geld und in alle Mayong-Spielmarken. Die Frauen standen ihr bei, die Männer schlugen zurück, und es gab einen großen Krach. Beinahe jede Frau war verhauen worden, am schlimmsten Mutter Tsai.

Das ganze Tal war in Aufruhr. Väter, Ehegatten und Söhne, Soldaten und Kommandanten gerieten in Wut. Mutter Tsais Bett war von einem Frauenhaufen umgeben. Die Opiumhölle war geschlossen worden und der Kaufmann Chang und jeder Mann, der eine Frau geschlagen hatte, war verhaftet worden. „Ein großer Sieg, ein großer Sieg", wisperten die Frauen glückstrahlend, die alte Mutter Tsai wandte sich an mich: „Amerikanische Freundin, schreib an die amerikanischen Frauen und erzähle ihnen das alles. Erzähle ihnen von unserem Sieg und erzähle ihnen, daß ohne Opfer kein Sieg möglich ist."

Ich glaube, meine Stimme zitterte, als ich erwiderte, ich würde alles schreiben. Aber ich saß da und dachte der amerikanischen Frauen: Gut gekleidete und gut versorgte Frauen, die durch tausend Filme davon überzeugt worden waren, daß Liebe die Lösung aller Probleme bedeutet. Ich zweifelte, ob viele solcher Frauen die Bedingung begreifen können, unter denen chinesische Frauen leben und kämpfen.

Aus „Battle Hymn of China".

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Streichholzsorgen

Um Himmelswillen, denke niemand, sie werden bereits wieder knapp. Wir können sie kaufen. Mangelware sind Streichhölzer heute nicht. Wir haben auch nicht gehört, daß sie es wieder werden. Trotzdem bestehen Streichholzsorgen. Sie sind teuer, verflucht teuer. Das ist der Grund, warum es wohl kaum eine Familie gibt, in der die Streichhölzer nicht täglicher Gegenstand gewisser Auseinandersetzungen und auch tiefsinniger Betrachtungen sind.

Ich kenne das aus meiner Familie. „Erst vor drei Tagen habe ich ein Paket gekauft", sagt meine Mutter, wenn ich wieder eine Schachtel verlange, „und schon wieder ist es all." Sie fügt dann meist noch hinzu: „Das geht nicht, daß ihr weiter so damit haust. Streichhölzer kosten heute viel Geld! Sie sind sündhaft teuer!"

Ich glaube es. Oft habe ich schon gehört: Vor dem ersten Weltkrieg gab es eine Zeit, da kostete ein Paket Streichhölzer — zehn Schachteln — 10 Pfennige. Damals hatten schon unsere berühmten Finanzgenies die „Entdeckung" gemacht, daß Streichhölzer ein Artikel des Massenkonsums sind. Steuern drauf, war die Weisheit, die man aus dieser Feststellung gezogen hat. Immerhin, der Preis ging noch. In der Weimarer Republik kostete das Paket Streichhölzer schon 30 Pfennige. Wir hatten schließlich einen Krieg verloren und warum sollte mit einem verlöschenden Streichholz nicht auch eine Winzigkeit von unserer großen Schuld gelöscht werden. Wie gesagt, in jener Zeit waren es 30 Pfennige, aber heute sind es 1,20 DM, die für das Paket berappt werden müssen.

1,20 DM ist heute ein Durchschnittlohn. Soviel kostet ein Paket Streichhölzer. In der Weimarer Zeit genügten 30 Pfennig, also der Lohn einer Viertelstunde, um ein Paket zu erhalten. Die 10 Pfennig aber der Vor-Vorkriegszeit stellten nur ein Zehntel bis ein Achtel des Stundenverdienstes eines Facharbeiters dar. Ein wenig „Naturgeschichte" über die Streichholzpreise belehrt uns, wohin wir mit unserem Realeinkommen in der Gegenwart gekommen sind.

Das Bild wiederholt sich in vielen Familien, bei denen ich zufällig bin. Der Sohn oder Vater verlangt Streichhölzer. Die Worte der Hausfrau gleichen sich fast immer: „Das geht nicht so, die Streichhölzer kosten ein Heidengeld und ihr verbraucht jeden Tag fast eine Schachtel. Früher hat ein Paket eine ganze Woche gelangt und jetzt, wenn drei Tage herum sind, ist von einem Paket nichts mehr da." So oft dieser Ausspruch zu vernehmen ist, ist auch die gleichartige Entgegnung zu hören: „Du wirst doch die Streichhölzer von früher nicht mit denen von heute vergleichen!" Es wird meist noch hinzugefügt: „Das nichtsnutzige Gelump, die Streichhölzer taugen ja nichts mehr! Bis eines brennt, sind fünf oder sechs abgebrochen oder der Kopf hat nur gezischt und gesprüht, wobei man noch Obacht geben muß, daß der glimmende Funke die Kleider nicht verbrennt. Dann soll es ein Wunder sein, wenn man viel verbraucht!"

Die Hausfrau, für die die Frage immer wieder von neuem steht, weil die Ausgabe für die Streichhölzer in ihren Geldbeutel ein Loch reißt, ist noch nicht geschlagen und zur Einsicht gekommen. „Ihr mit eurem Knaster, dem Dachreiter! Bis eine Pfeife ausgeraucht ist, habt ihr Männer allein schon eine Schachtel Streichhölzer verbraucht."

Eigentlich ist dagegen nichts mehr einzuwenden. Der Tabak und die Streichhölzer sind in ihrer Qualität einander wert. Aber nicht bloß der Dachreiter. Die gekaufte Zigarette hat auch eine neue Eigenschaft. Sie geht während des Rauchens aus.

Wenn man so weit in der Erörterung ist, springt das Gespräch leicht über auf andere Artikel, wo es um kein Jota anders ist als bei den Streichhölzern. Vierfach, zehnfach höher im Preis und eine Qualität, die verbietet, zu ihrer Kennzeichnung noch das Wort Qualität zu benutzen.

Einmal, bei einem solch häufig gehörten Dialog über Streichhölzer, ihren Preis und ihre Qualität, über die vielen Artikel, wo es genau so ist, hörte ich ironisch grimmig — vielleicht bilde ich es mir auch nur ein — die Bemerkung: „Und doch gibt es einen Artikel, der im Preis und in der Qualität gleich geblieben ist. Unsere Arbeitskraft. Der Lohn für unsere Arbeit hat sich nicht geändert."

W. G.

Zustimmung zur Entlassung versagt

Wieder einmal die Firma Columbia

Die Firma Columbia Weinheim macht wieder einmal von sich reden. Bei der Weinheimer Arbeiterschaft dürfte diese Firma noch in bester Erinnerung sein durch einen Streik der Belegschaft vom 13. bis 28. Mai 1947. Damals mußten sich die Columbia-Arbeiter gegen die Entlassung ihres 2. Betriebsratsvorsitzenden zur Wehr setzen. Damals schon trat der durch und durch reaktionäre und unsoziale Geist der Betriebsleitung offen zutage. Wir brauchen nur an einen Ausspruch des Betriebsleiters zu erinnern, der sagte, daß er lieber zugrunde gehen will, als nachzugeben. Im Jahre 1947 hat die Columbia-Arbeiterschaft ihren Streik insofern erfolgreich beendet, die Entlassung des Betriebsrates wurde verhindert. Die Mißstände im Betrieb sind aber heute noch wie damals vorhanden und es ist mehr als bezeichnend, daß der Betriebsinhaber Klotzbach erst kürzlich einem Gewerkschaftsvertreter die Besichtigung des Betriebes verweigerte. Die Betriebsleitung hat ihre Niederlage nie verwinden können, sie scheint nur auf die Gelegenheit zu lauern, sich zu revanchieren.

Eine solche Gelegenheit glaubte sie nun kürzlich gefunden zu haben. Sie wollte einen Angestellten, der während des Streiks Betriebsratsvorsitzender war und der gegenwärtig Ersatzmann zum Betriebsrat ist, entlassen, weil er während der Arbeitszeit einige Stunden von der Arbeit weg blieb. Der betreffende Angestellte hatte sich aber vorher entschuldigt, sodaß das Arbeitsamt die Zustimmung zur Entlassung nicht gegeben hat. Vor dem Arbeitsgericht wurde von Seiten der Firma erklärt, daß gegen die Entscheidung des Arbeitamtes Einspruch beim Landesarbeitsamt erhoben worden ist. Ueber diesen Einspruch ist noch nicht entschieden und die Firma muß den Entlassenen weiter beschäftigen.

In der Ostzone hat er sich dünne gemacht

Akkordschinderei und Verringerung der sozialen Zuschläge bei der Firma „Total" Ladenburg

Die Firma „Total A.-G.", ein aus der Ostzone sich dünne gemachter Betrieb, hat seit etwa eine Vierteljahr in Ladenburg Asylrecht gefunden. Die Gründe des Umzuges mögen hier weniger interessieren, desto mehr die Umgangsformen des Betriebsinhabers, Herrn Förster.

Herr Förster hat sich in seiner neuen Heimat sehr schnell eingelebt; denn es läßt sich sehr gut leben, auch bei den übersetzten Preisen, wenn man entsprechend verdient. Es ist durchaus keine Profitgier, die ihn veranlassen, die Lohnbedingungen (Zuschläge) für die Arbeiten, die er von der Firma Becker & Co. in Ladenburg übernommen hat, nicht einzuhalten. Oder doch? Trotz seines Alters oder gerade deswegen, scheint Herr Förster noch ziemlich kampfeslustig zu sein, „denn er läßt sich zu nichts zwingen". Scheinbar auch dann nicht, wenn er im Unrecht ist. Nur zu freiwilliger und stets widerruflicher Zahlung von Familienzuschlägen hätte er sich bereit erklärt, wenn Betriebsrat und Gewerkschaften darauf eingegangen wären. Bekannt ist, daß Zuschläge von allen Betrieben ohne Vorbehalt bezahlt werden müssen. Es bleibt diesem „sozial" denkenden Unternehmer vorbehalten, auch hierin eine Ausnahme zu machen.

„Das geht Sie einen Dreck an" ist ein oft gebrauchter Ausspruch von ihm gegenüber dem Betriebsrat. Berechtigte Beschwerden werden etwa in folgender Weise abgetan: „Ich habe mich persönlich bei den Leuten erkundigt, was Sie (der Betriebrat) mir sagten, stimmt nicht". Also Betriebsrat, Du bist ein Lügner! Akkorde will Herr Förster nach alten Kalkulationen, die er aus der Ostzone, wo für derartige Ausbeuter kein Platz mehr ist, mitgebracht hat, auch in Ladenburg einführen. Einige willfährige Elemente, langjährige Vorarbeiter, die er ebenfalls mitgebracht hat, sind dabei, den staunenden Arbeitern zu beweisen, daß die Akkorde stimmen. Zum Ueberfluß läßt er es noch durch die „einwandfreie" Abnahme des Kalkulators beweisen.

In einer Betriebsversammlung wurde u.a. wöchentliche Abrechnung und Lohnzahlung verlangt. Wir werden sehen, ob Herr Förster diese von der Belegschaft einstimmig aufgestellte Forderung bewilligen wird. Kein Wunder, wenn die Arbeiter bestrebt sind, von dieser Bude weg zu kommen. Besonders ist es der Wunsch vieler Frauen, möglichst bald einen anderen Arbeitsplatz zu erhalten. Aber Herr Förster ist auch hier derjenige, der solchen Arbeitern, die von seiner Firma genug haben, die Zustimmung zur Lösung des Arbeitsverhältnisses verweigert.

Herr Förster hat in seinem Betrieb verschiedene Helfer, deren Tätigkeit wir vielleicht auch einmal unter die Lupe nehmen können.

Amerikanische „Wunder" und ihre vergessene Kehrseite

Bundesvorsitzender Schleicher vom GWB in Mannheim

Aus einer Leserzuschrift:

Unter dem größten Teil der Betriebsfunktionäre ist es nicht verstanden worden, daß, wenn schon der Bundesvorsitzende des GWB in Mannheim spricht, er dies zu einem recht abseits liegenden Thema tut. Die uns betreffenden Fragen zu behandeln hätte den Erwartungen mehr entsprochen. Die Einleitungsbemerkung des Vorsitzenden des Mannheimer Gewerkschaftsbundes, des Kollegen Schweitzer, sind aber genau so abwegig gewesen. Lohn-, Preisfragen und die des gewerkschaftlichen Einflusses seien alle noch in der Schwebe und weil noch alles in der Schwebe ist, spräche Kollege Schleicher nicht darüber, sondern über seine Reiseeindrücke aus Amerika.

Wenn diese Fragen nicht mehr schweben sondern abgeschlossen sind, hat es nicht viel Sinn mehr, zu ihnen Stellung zu nehmen. Dann ist bereits etwas mit den Gewerkschaftlern geschehen, über ihre Lage entschieden worden, ohne daß sie im Werden der Dinge einen Einfluß ausüben konnten. Die Gesamtmitgliedschaft zu einer Einflußnahme in all den Fragen, die ihre Lebensinteressen betreffen, zu bringen, müßte aber das Ziel einer verantwortungsbewußten Gewerkschaftsführung sein.

Der Bundesvorsitzende Schleicher erzählte Wunderdinge aus Amerika.. Wir glauben, daß es diese im Lande der gigantischen Ausmaße gibt. Warum aber wurde alles rosig geschildert, uns nicht erklärt, warum es auch in diesem Wunderland Streiks riesigen Ausmaßes gegeben hat und noch gibt? Warum in diesem Lande soziale Fragen wie die der Kranken- und Altersversicherung stehen und warum es dort einen Kampf um die 30-Stunden-Woche gibt? Das Land der Wunder und Rationalisierung hat die ihm entsprechenden Probleme des Klassenkampfes. Kein Wort davon in der Rede des Bundesvorsitzenden der Gewerkschaften in Württemberg-Baden.

Die Rationalisierungsbestrebungen in Westdeutschland gewinnen Gestalt. Sollten sie uns so stillschweigend symphatisch gemacht werden? Die Vermutung liegt nahe, denn es ist nicht unbekannt, daß die oberste Gewerkschaftsführung — wie bereits vor 25 Jahren — auch heute diesen zum Unheil der Arbeiterschaft das Wort redet. Ist dies der Tribut, den man der Freundschaft mit der AFL zollt? Das wird ein teurer Tribut, denn die Arbeiterschaft muß ihn bezahlen.

F. K., Metallarbeiterfunktionär

Deine Jungens

Du, Mutter, hast liebend die Hände gebreitet,
Behütend und wachsam ihr Wachsen und Werden geleitet,
Sie waren Dein Stolz und Dein Glück.
Und dann holte der Krieg sie alle drei,
Und zwei von ihnen blieben dabei.
Nur einen bekamst Du zurück.

Nur ihn hast Du noch. Und doch: ich las,
Daß die Menschheit schon wieder die Schrecken vergaß,
Daß sie schon wieder rüsten.

Ihr Mütter im Lande, in aller Welt —
Ihr steht nicht auf? Kein einziger Schrei gellt,
Wo Millionen sich wehren müßten!

Ihr schweigt? Ihr habt doch den Krieg erlebt!
Allüberall hat die Erde gebebt!
Und Ihr wollt still dazu sein?
Gequälter Mensch du — Du Kreatur,
Komm wie als Kind zu der Mutter, und nur
Von ihr kann es kommen, das „N E I N"!

/ Th. Hw.-Ktr.

Frauen! Mütter!

Wie in der ganzen Welt, so sollen auch in unserem Lande eure Unterschriften gesammelt werden. Durch eure Unterschriften könnt ihr sagen, daß ihr keinen Krieg wollt, daß die Vorbereitung eines neuen Krieges und die Herstellung der Atombombe geächtet sein soll. Die gesammelten Unterschriften werden an die UNO weitergeleitet. Die KPD hat die Anregung des überparteilichen Hamburger Frauenausschusses aufgegriffen und wird die Unterschriftensammlung, die vom 19. Februar bis 13. März dauern soll, unterstützen. Bekräftigt euren Friedenswillen! Beteiligt euch an der Sammlung!

48-Stunden-Woche und freier Samstagnachmittag

Stellungnahme des Ortsausschusses des W. B. G. Mannheim

Wenn in den Auseinandersetzungen über den freien Samstagnachmittag von Vertretern der Mannheimer Industrie und deren Syndikus die 48-Stundenwoche in die Debatte geworfen worden ist, so weiß man jetzt ungefähr, warum diese Debatte überhaupt entfesselt wurde. In Hessen, großen Gebieten Nord- und Westdeutschlands, Ludwigshafen, Stuttgart usw. ist der freie Samstagnachmittag ohne Diskussion und der Landesverband des Einzelhandels für Württemberg-Baden vertrat in einer Besprechung im Arbeitsministerium in Gegenwart der Gewerbeämter und sonstigen Behörden nach wie vor die Ansicht, daß der freie Samstagnachmittag unbedingt einzuhalten sei.

Es ist auch nicht der Einzelhandel, sondern die Industrie, die hier eine Änderung wünscht, weil sie glaubt, damit erreichen zu können, daß wöchentlich wieder 48 Stunden in sechs Tagen gearbeitet wird. Daß wir zu dieser Arbeitszeit wieder kommen müssen, ist auch der Arbeiterschaft klar, aber erst müssen die Voraussetzungen hierfür geschaffen sein und zwar eine ausreichende Ernährung. Unter den heutigen Ernährungsverhältnissen ist eine 48-stündige Arbeitszeit in den schwer arbeitenden Betrieben Raubbau an der Gesundheit unserer Arbeiter, und die Gewerkschaften fühlen sich verpflichtet, unser wertvollstes Volksgut, die Arbeitskraft, zu erhalten.

Wenn unsere 72 000 Mitglieder nebst ihren Angehörigen uns sagen, die Verkaufszeiten sind ungenügend, werden ihre Kolleginnen und Kollegen des Einzelhandels ihren Wünschen Rechnung tragen.

Solange es sich aber nur um Provitinteressen, einige Nörgler und Samstagnachmittags-Vergnügungsreisende handelt, sehen sie die Notwendigkeit, eine Aenderung des jetzigen Zustandes herbeizuführen, nicht ein.

Im übrigen ist das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer gesetzlich verankert und die Gewerkschaften werden den jetzigen Standpunkt der Angestellten solange unterstützen, bis diese selbst eine Aenderung wünschen.

Wir schließen hiermit die leidige Diskussion über diese Angelgenheit und hoffen auf eine Länder- oder Bizonen-Regelung.

Auf den Spuren Hundhammers

Die Vertreter des Mannheimer Jugendrates debattieren „Unmoralische Filme"

In stürmischer Weise debattierten die Mannheimer Jugendvertreter ihre zwei Tagesordnungspunkte in der Sitzung des Jugendrates am Donnerstag, dem 10. Februar 1949. Der Vorsitzende Vöhringer versuchte in dieser letzten Sitzung vor seiner Amerikareise „die Meinungskämpfe" ein klein wenig nach einem ordnenden Prinzip ablaufen zu lassen, was ihm mit voranschreitender Zeit immer weniger gelang. Die zwei heiß umstrittenen Probleme waren:

1. Die Festsetzung eines Termins für den Beginn einer Ausstellung aller Mannheimer Jugendverbände über ihre Tätigkeit. Man einigte sich mit geringer Mehrheit auf den 29. Mai 1949.
2. Ein Antrag der katholischen Jugend, der ein Verbot „moralisch untragbarer" Filme verlangte.

Um ein solches Verbot voranzutreiben, sollte der Jugendrat eine Entschließung annehmen, welche allen Jugendringen Württemberg-Badens, dem Landtag und den Mannheimer Landtagsabgeordneten zugesandt werden sollte. Das war die Absicht der Vertreter der katholischen Jugend. Die Freie Deutsche Jugend forderte dagegen die Produktion geeigneter Jugendfilme. Trotz vielseitiger Unterstützung drang die Forderung nicht durch.

Eine Resolution, welche die Errichtung einer Filmprüfstelle und Verbot „unmoralischer" Filme fordert, wurde nach heftigster Diskussion mit 12 Stimmen angenommen. Die übrigen Vertreter enthielten sich der Stimme; einige verließen unter Protest gegen die Einseitigkeit der Entschließung den Sitzungssaal.

Nach der Ansicht einiger Mitglieder des Jugendrates ist diese Abstimmung ungültig, da zu einer Beschlußf[illegible] des Rates mindestens 15 Stimmen nötig seien.

KPD, Kreis Karlsruhe

Achtung, Neubürger von Karlsruhe!

Die KPD Kreis Karlsruhe hat Sprechtage für alle Neubürger-Angelegenheiten eingerichtet. Die Sprechtage finden regelmäßig am 2. und 4. Mittwoch eines jeden Monats im Parteibüro, Amalienstraße 69, in der Zeit von 18 bis 20 Uhr statt.

Neubürger, kommt und holt Euch Rat und Hilfe bei uns!

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen

Belegschaft von Waggon-Fuchs, Heidelberg, nimmt gegen Entlassungen Stellung

Vor Weihnachten wurden bei der Waggonfabrik Fuchs, Heidelberg-Rohrbach, 75 Arbeiter, und in dieser Woche wiederum 153 entlassen. Unter der Belegschaft herrscht begreiflicherweise Erregung. Die Frage wird eingehend debattiert: Warum kam es zu den Entlassungen. Der Zustand des Wagenparks der Eisenbahn ist bekannterweise so schlecht, daß keine der deutschen Waggonfabriken Mangel an Aufträgen leiden müßte. Wenn er doch vorhanden ist, warum wohl? Die deutschen Aufträge gehen ins Ausland, nach Belgien oder der Schweiz, werden mit deutschem exportiertem Stahl und Kohle dort ausgeführt. So liegt es im großen Hilfsplan, der sich nach Marshall nennt, beschlossen.

Die Belegschaft der Waggonfabrik Fuchs hat aus Anlaß der Entlassungen eine Belegschaftsversammlung durchgeführt, in der diese Fragen behandelt wurden. In einer Resolution wurde von den Gewerkschaften und politischen Parteien verlangt, den Maßnahmen entgegenzuwirken, die Entlassungen zur Folge haben. Die Ablehnung des Ruhr- und Besatzungsstatuts, die Forderung auf einen Friedensvertrag wurden in dieser Resolution niedergelegt.

Der Annahme dieser wie auch einer Jugendresolution ging eine lebhafte Debatte voraus. Der Betriebsratsvorsitzende (SPD) glaubte durch einen Haßgesang auf die Sowjetunion und die Ostzone die Versammlung entweder zerreden oder verhindern zu können, daß die Resolutionen angenommen würden. Beide Resolutionen fanden Annahme. Nur zehn Stimmen waren dagegen.

Nationaltheater Mannheim

Das Nationaltheater Mannheim kann jetzt für die Faschingszeit und den Monat März 1949 sein Arbeitsprogramm bekanntgeben. Am 26., 27., 28. Februar und 1. März wird nachmittags die lustige Kinder-Faschings-Revue „Wir suchen einen Prinzen" von Walter Pott für die Mannheimer Jugend zur Aufführung kommen. An denselben Tagen wird abends in neuer Inszenierung die Operette „Die lustige Witwe" von Franz Lehár gegeben. Am Freitag, dem 4. März, findet die nächste Opern-Première „Don Pasquale" von Gaetano Donizetti unter der musikalischen Leitung von Fritz Rieger und in der Inszenierung von Hartmut Boebel statt. Am Sonntag, dem 6. März, vormittags, wird Dore Hoyer in einer Tanz-Matinée mit eigenen Tänzen gastieren. Im Rahmen einer Matinée des Nationaltheater-Orchesters — Leitung Richard Laugs — kommen Werke von Hindemith (Klavierkonzert und Violinkonzert, gespielt von Doris Rothmund (Klavier) und Berthold Cassedanne (Violine) sowie die Streicher-Symphonie des Schweizers Artur Honegger am 13. März zur Aufführung. Am 17., 18. und 19. März findet ein Gesamt-Gastspiel Paul Hörbigers mit seinem Ensemble in dem Wiener Stück „Der alte Sünder" von Martin Costa und der Musik von Hans Lang statt. Am 25. März kommt als Première des Schauspiels die durch die Krankheit von Ernst Langheinz verschobene Neueinstudierung der Komödie „Der Hauptmann von Köpenick" von Karl Zuckmayer in der Inszenierung von Roland Ricklinger heraus.

Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim, S 3, 10. Verantwortl. für den Inhalt: Willy Grimm, Mannheim, S 3, 10, Telef. 432 60. - Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. - Vertrieb: Nordbadische Zeitungsvertriebs-G.m.b.H., Mannheim, S 3, 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden. - Auflage 25 000.

Nazidomäne RAW Schwetzingen

Bei den Entlassungen in dem RAW Schwetzingen erweist es sich, daß frühere Nazis dabei nicht betroffen werden. Amtswalter, SA-, SS-Mitglied oder Nazipartei-funktionär konnte man gewesen sein, ohne einer Entlassung ausgesetzt zu sein. Ja, mehr noch sogar: das muß man gewesen sein, um nicht in Gefahr zu geraten, als Eisenbahner auf die Straße zu fliegen

Ueber die Entlassungen verfügt anscheinend nur der Oberbaurat Schlagkamp. Wo der Einfluß des Betriebsrates auf die Entlassungen ist, war bis jetzt kaum feststellbar. Oberbaurat Schlagkamp hat offenbar alle Möglichkeiten, in selbstherrlicher Weise zu verfügen und auch Einsprüche in all den Fällen, wo es sich um Familienväter mit vier und sogar mehr Kinder handelt, abzulehnen.

GWB Weinheim

Am 6. 2. 49 fand im Gewerkschaftssaal die zweite Versammlung der Kraftfahrer statt. Zu dieser Versammlung war der Vertreter der Sparte Verkehr des Industrieverbandes Oeffentliche Betriebe, Koll. Laier aus Mannheim, erschienen.

Nachdem die Kraftfahrer in der ersten Versammlung ihren Vorstand gewählt hatten, war die zweite dazu bestimmt, in einem Vortrag des Kollegen Laier und anschließender Diskussion alle Probleme wie Lohn, Urlaub, Spesen und Fernfahrten usw. zu besprechen. Dabei zeigte sich, daß noch viele unterschiedliche Verhältnisse bestehen.

In Kürze ist mit dem Abschluß eines Tarifvertrages mit verbesserten Bestimmungen zu rechnen. Bis zum Abschluß dieses Tarifes gelten die Bestimmungen des alten Tarifvertrages. Nachdem noch der Versammlungsleiter, Kollege Seib, aufklärende und anfeuernde Worte für die Gewerkschaftsarbeit gesprochen hatte, wurde diese gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Es zeigt sich, daß die anwesenden Kraftfahrer allen gewerkschaftlichen Problemen sehr aufgeschlossen gegenüberstehen und es mehrfach begrüßt haben, daß nun auch die Kraftfahrer ihre Belange auf gewerkschaftlicher Basis regeln können.

Es wurde beschlossen, jeden Monat einmal eine Versammlung abzuhalten.

Meine Meinung

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einsendungen unserer Leser decken sich nicht in jedem Falle mit der Auffassung der Redaktion

Das Kochrezept für „Märtyrer" Mindszenty

Das Geschrei um Mindszenty könnte einem auf die Nerven gehen. Auch dies, daß die katholische Kirche wieder einmal billig zu einem Märtyrer kommen möchte. Ich blätterte gerade in einem alten „St.-Konradsblatt" der katholischen Kirche Mannheims. Dort lese ich: „Die Weltgschichte hat den einzigen Zweck, das Himmelreich mit Heiligen, mit Märtyrern und Bekennern, mit Jungfrauen und Büßern zu bevölkern." Das Kochrezept für den Fall „Mindszenty".

Die politische Seite der Angelegenheit ist in Ihrem Blatt klar behandelt worden. Ich muß aber denken, wie vieles wäre anzuführen, wo in der Geschichte erwiesenermaßen durch eindeutige Schuld der katholischen Kirche Schlimmes sich ereignete und es gab kein Gezeter bei denen, die nichts als Menschlichkeit zu wollen vorgeben.

Ich blättere in alten Dokumenten, lese die Pressestimme über den Justizmord an dem großen spanischen Freidenker Francisko Ferrer. Die „Schwäbische Tagwacht" schrieb damals: (14. Oktober 1909) „Die spanische Pfaffenregierung hat eine furchtbare Blutschuld auf sich geladen. Francisko Ferrer ist der Mörderbande zum Opfer gefallen." Die Pariser „Laterne": „Weiß man doch, daß der in Madrid veranlaßte Tod Ferrers in Rom erwünscht war."

Warum ich das anführe: Ferrer war ein Fall, da bezog noch die Weltpresse die Position, die sie gegen politisierende, intrigierende Prälaten beziehen mußte. Mittlerweise ist es in Teilen der Welt so, daß wenigstens mitunter auch einmal einem Kardinal das Handwerk gelegt wird. Wo steht heute die Weltpresse einschließlich der sozialdemokratischen Zeitungen?

A. B., Mannheim

Unter der Lupe

Ein Wort zur Gewerbefreiheit

Ein Teilnehmer der Versammlung der Schuhmacher in Heidelberg - Kirchheim schreibt uns aus Anlaß des dort behandelten Themas: „Gewerbefreiheit" folgende Stellungnahme. „Die Versammlung war sich wohl bewußt, daß die bisherige Gewerbebeschränkung ihre Schattenseiten hatte. Die erforderliche Meisterprüfung führte oft zur Willkürherrschaft, indem man nicht gern gesehene Prüflinge einfach durchfallen ließ. Die wohlbekannte Vetterleswirtschaft konnte dabei üppig wuchern. Eine Bereinigung der Uebelstände war wohl nötig, doch hätte man auch andere Mittel und Wege finden können. Ein Gesetz zur Herabsetzung der großen Gewinnspannen der Fabrikanten und des Großhandels hätte der Militärregierung gewiß mehr Sympathie eingebracht.

B. Heidelberg

Auf Kosten der Steuerzahler

Die Gemeinde Altlußheim hat im Jahre 1937 einen gewissen Schn. als Schreiber eingestellt. Derselbe hatte weder eine kaufmännische Lehre noch sonstige kaufmännische Vorbildung, so daß man annehmen kann, daß seine Beziehungen zur Nazipartei und nicht seine fachlichen Kenntnisse bei der Einstellung in die Gemeindeverwaltung ausschlaggebend waren.

Schn. kam zur Wehrmacht, dann in Gefangenschaft und schließlich als Kriegsbeschädigter nach Altlußheim zurück. Wie alle Gemeinden, befindet sich auch Altlußheim in den größten finanziellen Schwierigkeiten; die Gehälter der Angestellten können z. B. nur auf Stottern bezahlt werden. Der Nutznießer des Dritten Reiches jedoch, Herr Schn., muß wieder beschäftigt werden, obwohl die Gemeinde ihn weder brauchen noch bezahlen kann. Das Gesetz will es so. Heimkehrer müssen wieder in ihre alte Stellung kommen, ganz gleich ob sie dieselbe auf normalem Wege oder durch Protektion der Nazipartei erhalten haben.

Vielleicht wird die Gemeinde Altlußheim eine wirkliche Fachkraft, vielleicht einen „Nicht-Nutznießer" des Nazisystems entlassen, der Nazi bleibt und erhält sogar noch eine Vergütung von 500,— Mark für die Zeit von Mitte 1948 bis heute, lt. Vergleich, der vor dem Arbeitsgericht abgeschlossen wurde. Ohne diesen Vergleich wäre die Sache für die Altlußheimer Steuerzahler noch wesentlich teuerer geworden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Lebe ich? / Von John Galswörthy

Ein Rechtsanwalt saß einmal mit seinem Freunde bei einem Glas Wein.

„Als ich neulich in meinen Papieren kramte", sagte er, „fiel mir ein Zeitungsausschnitt in die Hand. Soll ich ihn vorlesen?"

Der Freund war einverstanden, und der Rechtsanwalt begann:

„Sensation erregte gestern vor dem Londoner Polizeigericht ein ärmlich gekleideter, aber anständiger Mann, der den Richter um einen Rat anging. Wir geben das Gespräch der beiden wörtlich wieder:

„Eurer Ehren, darf ich Sie etwas fragen?"

„Wenn ich ihre Frage beantworten kann . . ."

„Das können Sie bestimmt . . . Sagen Sie mir, Euer Ehren, ob ich existiere."

„Sie sind wohl nicht normal?"

„Ich bin absolut gesund."

„Was hat das mit Ihrer Frage zu tun?"

„Oh, sehr viel . . . Ich habe meine Arbeit verloren . . . nicht durch meine Schuld . . . Schon zwei Monate bin ich arbeitslos . . ."

„Gut, gut! Weiter!"

„Ich bin gänzlich mittellos . . . Ich habe alles getan, um Arbeit zu finden, aber ohne Erfolg . . ."

„Haben Sie keine Freunde oder Verwandte?"

„Der einen Hälfte von ihnen geht es ebenso wie mir, und die andere habe ich schon ausgenommen . . ."

„Was haben Sie? . . ."

„Ausgenommen habe ich sie: ihnen alle ihre Spargelder aus der Tasche gezogen . . ."

„Sind Sie verheiratet? Haben Sie Kinder?"

„Nein, das spricht auch gegen mich . . . dadurch bin ich nämlich immer der letzte in der Reihe . . . Euer Ehren, ich brauche dringend etwas zu essen! Können Sie mir nicht erlauben, auf der Straße zu betteln?"

„Nein, nein! Das ist verboten."

„Gut, Euer Ehren . . . darf ich dann nicht vielleicht stehlen?"

„Na, na . . . Sie dürfen dem Gericht nicht die Zeit stehlen . . ."

„Euer Ehren, es ist mir sehr ernst! . . . Ich gehe buchstäblich zugrunde . . . Soll ich mein Jakett oder meine Hose verkaufen?" — und der Bittsteller knöpfte sein Jakett auf und zeigte seine nackte Brust. — „Weiter habe ich nichts . . ."

„Man darf nicht so unanständig umherlaufen! Ich kann Ihnen nicht erlauben, das Gesetz zu verletzen!"

„Ja, Sir . . . aber könnten Sie mir nicht erlauben, nachts auf der Straße zu schlafen, damit ich nicht wegen Landstreicherei festgenommen werde?"

„Dazu habe ich kein Recht."

„Aber was soll ich denn machen, Sir? Ich sage Ihnen die Wahrheit: Ich möchte sehr gern im Rahmen der Gesetze bleiben. Vielleicht können Sie mir einen Rat geben, wie ich weiter am Leben bleiben kann, ohne zu essen? Und überhaupt, ich frage noch einmal: Bin ich am Leben?"

„Das ist eine Frage, lieber Freund, die ich Ihnen nicht beantworten kann. Auf den ersten Blick scheint Ihre weitere Existenz nur möglich, wenn Sie die geltenden Gesetze verletzen. Ich hoffe jedoch, daß Sie das nicht tun werden! Der Nächste!"

Betriebsjugend regt sich!

Die Jugendlichen der Waggonfabrik Fuchs, Heidelberg-Rohrbach, haben sich in der letzten Belegschaftsversammlung erfreulich bemerkbar gemacht. In einer Entschließung forderten sie die Belegschaft auf, für die sofortige Bildung eines Betriebsjugendausschusses einzutreten. Sie verlangten auch eine Anschlagtafel zu ihrer eigenen Verfügung, ebenso das Recht, bei den Betriebswahlen passiv und aktiv beteiligt zu sein. Die große Mehrheit in der Belegschaftsversammlung sprach sich für die Erfüllung der Forderungen der Jugend aus.

Pressestimmen

Furcht vor dem Frieden

„Wenn der Frieden wirklich käme, würde er alles über den Haufen werfen. Gegenwärtig wird die amerikanische Wirtschaft durch die Rüstungsausgaben und die Hilfe für andere Länder aufgepulvert."

United States News and World Report

„Manche Geschäftsleute fürchten, daß, wenn es zu Friedensvereinbarungen mit der Sowjet-Union käme, und unser Militärhaushalt herabgesetzt würde, dies zu einem Rückgang des Wirtschaftslebens führen würde."

New York Star

„Obgleich ein ‚Friedensgespenst' (peace scare) in der nahen Zukunft nicht wahrscheinlich ist, wäre seine Wirkung, wenn wir eins hätten und es eine Herabsetzung der Rüstungsausgaben mit sich brächte, vom Standpunkt der Profite der Gesellschaften schlimmer als eine mäßige Steuererhöhung."

Wall Street Magazine

Sportecho

Süddeutsche Oberliga

VfR Mannheim — Schweinfurt 05	3:0
VfB Stuttgart — SV Waldhof	1:0
Ulm 46 — Stuttgarter Kickers	0:2
BC Augsburg — 1860 München	1:4
VfB Mühlburg — Rödelheim	2:1
Kickers Offenbach — Schwaben Augsburg	5:1
FSV Frankfurt — 1. FC Nürnberg	1:0
Bayern München — Eintracht Frankfurt	4:0

Mit dem 8:1 Ergebnis gegen die Offenbacher Kickers scheint der Club sein Pulver verschossen zu haben und allen Erwartungen entgegen unterlag er gegen FSV Frankfurt mit 1:0. Anders die Offenbacher, die sehr schnell wieder Tritt gefaßt haben und Schwaben Augsburg sicher mit 5:1 besiegten. In Mannheim gastierten die Schweinfurter. Sie trafen auf einen gut aufgelegten VfR, der sie in einem schönen und spannenden Spiel verdientermaßen mit 3:0 besiegte. Waldhof zeigte in Stuttgart gegen den VfB wohl das schönere und auch überlegenere Spiel, konnte aber zu keinen Torerfolgen kommen, sodaß der VfB, der ersatzgeschwächt antrat, glücklicher Sieger blieb. Sonst gab es durchweg normale Ergebnisse, bei denen meistens die Platzvereine Sieger blieben.

Am kommenden Sonntag gastiert in Mannheim der FSV Frankfurt auf dem Waldhof. Die Frankfurter haben durch ihren Sieg gegen den Club ihre zunehmende Spielstärke unter Beweis gestellt und werden den Waldhöfern alles abverlangen. Wir rechnen mit einem knappen Waldhofsieg. Der VfR fährt nach München zu 1860, das als Favorit anzusprechen ist. Ein Remis wäre schon ein Erfolg für die Mannheimer. Mühlburg muß in Augsburg gegen die Schwaben antreten und haben wenig Aussicht auf Punktgewinn. Der Tabellenführer Offenbach dürfte sich auch in Schweinfurt beide Punkte sichern. Den 1. FC Nürnberg darf man im Spiel gegen BC Augsburg als Sieger erwarten, während es im Treffen Rödelheim — Bayern München eher nach einem Unentschieden aussieht.

Badische Landesliga

VfL Neckarau — 1. FC Pforzheim 2:1; Feudenheim — Schwetzingen 4:1; ASV Durlach — Phönix Karlsruhe 7:1; VfR Pforzheim — Brötzingen 2:2; Viernheim — Sandhofen 4:1; Rohrbach — Friedrichsfeld 2:1.

Der VfL Neckarau wahrte seine Meisterschaftschancen und siegte gegen den 1. FC Pforzheim knapp mit 2:1. Die kommenden Spiele: VfL Neckarau — Sandhofen, ASV Durlach — Rohrbach, 1. FC Pforzheim — Phönix Karlsruhe, Knielingen — Feudenheim, Schwetzingen — VfR Pforzheim.

Schach

Kombinationsaufgabe
Rellstab (am Zuge)

Die Stellung ergab sich in einer Partie, die 1933 in Berlin gespielt wurde. Weiß zog soeben Te1—e7 und glaubte, daß sein starker Gegner, der Berliner Meister Rellstab, die Partie nun wohl aufgeben werde; denn gegen D + g7 matt ist scheinbar nichts mehr zu erfinden.

Jedoch wurde nicht Schwarz, sondern Weiß matt! Wie rettete sich Schwarz am Zuge in der Diagrammstellung?

Lösung zur Aufgabe Nr. 5 (L. Reichard)

1. Sf1 exf1
2. Txf1 e2
3. L e1 (matt).

Eine einvariantische Aufgabe. Zugzwang Auflösung durch Opfer, Bahnung und Räumung.

Die XVI. Schachmeisterschaft der Sowjetunion

Bei der Austragung der Schachmeisterschaft der Sowjetunion nahmen Sungslow, Boleslawsky und Botwinnik nicht teil. Die beiden ersten beendigten ihr Studium, und Botwinnik arbeitete an seinem wissenschaftlichen Werk. Viele junge Meister haben sich das Recht zur Teilnahm am Entscheidungsturnier erworben.

Das Endergebnis dieser interessanten Meisterschaft ist nun wie folgt: 1. bis 2. Bronstein und Kotow je 12 Punkte. 3. Furman 11 Punkte. 4. Flohr 10½ Punkte. 5. Tolus 10 Punkte. 6. bis 9. Bondarewsky, Keres, Konstantinopolsky, Lisicin je 9½ Punkte. 10. bis 11. Illwicky und Lilienthal je 9 Punkte. 12. Holmowa 8½ Punkte. 13. bis 15. Auerbach, Löwenfisch und Ragosin je 8 Punkte. 16. bis 17. Alutorlew und Ranow je 7½ Punkte. 18. bis 19. Aronin und Taimanow je 6 Punkte.

Schicksal einer englischen Fußballmannschaft

Ein Funktionär des Bergarbeiterverbandes in West-Wales erzählte mir eine wahre Geschichte unter Angabe sämtlicher Namen und aller Einzelheiten, die eine der größten Tragödien des Bergmannslebens bedeutet. Im März 1930 wurde auf einer großen Zeche im Anthrazitgebiet aus einer Belegschaft von 1200 Mann eine Fußballmannschaft zur Austragung von Wettspielen aufgestellt. Sämtliche Mitglieder der Mannschaft waren als Untertagearbeiter beschäftigt, stark und gesund und auf dem Höhepunkt ihrer Kraft und Geschicklichkeit. Zufälligerweise hat der Funktionär eine Liste der Mannschaft unter seinen Papieren aufbewahrt. Hier ist der Zustand der Elf im Jahre 1943:

Torwart: 37 Jahre alt. Wurde im Jahre 1939 durch Hereinbrechen des Hangenden verschüttet. Mit einer Wirbelsäulenverletzung und einem Beckenbruch schwebte er wochenlang in Lebensgefahr. Er lebt heute, aber ist dauernd erwerbsunfähig.

Rechter Verteidiger: 41 Jahre alt. Wegen Silikose vollkommen arbeitsunfähig.

Linker Verteidiger: 34 Jahre alt. Wurde im Jahre 1934 durch Steinfall verschüttet und erlitt dabei einen Bein- und einen Schulterbruch. Kann nur leichte Arbeit über Tage verrichten.

Rechter Läufer: 42 Jahre alt. Wegen Silikose teilweise arbeitsunfähig.

Mittelläufer: 42 Jahre alt. Wegen Silikose vollkommen arbeitsunfähig.

Linker Läufer: 40 Jahre alt. Wegen Silikose vollkommen arbeitsunfähig.

Halbrechts: Ein außergewöhnlich guter und kräftiger Arbeiter, war immer bereit an nassen Betriebspunkten zu arbeiten. Im Alter von 25 Jahren zog er sich ein rheumatisches Fieber zu und starb.

Mittelstürmer: 42 Jahre alt. Wegen Silikose vollkommen arbeitsunfähig.

Halblinks: 33 Jahre alt. Wegen Silikose teilweise arbeitsunfähig.

Linksaußen: 36 Jahre alt. Durch Hereinbrechen des Hangenden verschüttet, erlitt eine Wirbelsäulenverletzung und ist für die Untertagearbeit nicht mehr geeignet.

Jeder weiß, daß der Bergmann einer anstrengenden und gefährlichen Beschäftigung nachgeht. Aber nur wenige wissen, daß die Gefahren im englischen Bergbau für Leben und Gesundheit weit größer als nötig sind. Die 900 oder 1000 Bergleute, die tödlich verunglücken und die 160 000, die in jedem Jahr in unseren Gruben verletzt werden, fielen nicht der Einwirkung höherer Gewalt zum Opfer. Viele von ihnen sind die Opfer selbstsüchtiger Kapitalinteressen oder brutaler, menschlicher Nachlässigkeit.

PHOTO
Kleinbild- und Rollfilmkameras ab DM 25.-
Rollfilme · Platten · Zubehör
sämtliche Photo-Arbeiten in bekannter Qualität

PHORA
DAS GUTE SPEZIALHAUS FÜR PHOTO-KINO RADIO
MANNHEIM · M 5, 3 · TELEFON 425 51

RADIO
Apparate · Plattenspieler · Musikschränke
auf bequeme Teilzahlung
Schallplatten — Rundfunkreparatur

NATIONALTHEATER MANNHEIM

Spielplan vom 20. Februar bis 1. März 1949

Sonntag, 20. Febr., nachm., freier Verkauf. Zum letzten Male: „Peterchens Mondfahrt", Weihnachtsmärchen von Gerd v. Bassewitz. Anfang 14.30, Ende etwa 16.30 Uhr. — Abends, freier Verkauf: „Der Troubadour", Oper von G. Verdi. Anfang 19.30, Ende etwa 22 Uhr.

Montag, 21. Febr., Platzsicherung Abt. D Nr. 9: „Ein kleiner Engel ohne Bedeutung", Komödie von Claude-Andre Puget. Anfang 19, Ende etwa 21.25 Uhr.

Dienstag, 22. Febr., Platzsich. Abt. A Nr. 9: „Die Zauberflöte", Oper von W. A. Mozart. Anfang 19, Ende etwa 22.15 Uhr.

Mittwoch, 23. Febr., Platzsicherung Abt. K Nr. 9: „Medea", Dramatisches Gedicht von Grillparzer. Anfang 19.30, Ende etwa 21.30 Uhr.

Donnerstag, 24. Febr., Platzsicherung Abt. O Nr. 9: „Tiefland", Oper von Eugen d'Albert. Anfang 19.30, Ende etwa 22.15 Uhr.

Freitag, 25. Febr., Platzsicherung Abt. M Nr. 9: „Hier war ich schon einmal", Schauspiel von J. B. Priestley. Anfang 19.30, Ende etwa 22 Uhr.

Samstag, 26. Febr., freier Verkauf: Kinder-Faschings-Revue: „Wir suchen einen Prinzen", von Walter Pott. Anfang 14, Ende etwa 16 Uhr. — Abends: Premieren-Abonnement Nr. 10, In neuer Inszenierung: „Die lustige Witwe", Operette von Franz Lehar. Anfang 19, Ende etwa 21.45 Uhr.

Sonntag, 27. Febr., nachm. Fastnacht, fr. Verkauf: Kinder-Masken-Revue: „Wir suchen einen Prinzen", von Walter Pott. Anfang 14, Ende etwa 16 Uhr. — Abends, Fastnacht, freier Verkauf: „Die lustige Witwe", Operette von Franz Lehar. Anfang 19, Ende etwa 21.45 Uhr.

Montag, 28. Febr., nachm., freier Verkauf: Kinder-Faschings-Revue: „Wir suchen einen Prinzen", von Walter Pott. Anfang 14, Ende etwa 16 Uhr. — Abends, freier Verkauf: „Die lustige Witwe", Operette von Franz Lehar. Anfang 19, Ende etwa 21.45 Uhr.

Dienstag, 1. März, nachm., freier Verkauf, Fastnacht: Kinder-Faschings-Revue: „Wir suchen einen Prinzen", von Walter Pott. Anfang 14, Ende etwa 16 Uhr. — Abends: Fastnacht, freier Verkauf: „Die lustige Witwe", Operette von Franz Lehar. Anfang 19, Ende etwa 21.45 Uhr.

Im Rosengarten:

Sonntag, 20. Febr., freier Verkauf: „Der Mustergatte", Schwank von Avery Hopwood. Anfang 19, Ende etwa 21.15 Uhr.

Montag, 21. Febr.: Bühnenball, zugunsten des Wiederaufbaues des Nationaltheaters. Anfang 20 Uhr.

Vollrindleder - Stadttasche, 34 cm, mit geflochtenen Henkeln, großer Vortasche, mit Schnappschloß, stabil. Baumwollfutter, Innentasche
DM 48.-

Vollrindleder - Reisetasche, 50 cm lang, 14 cm breit, 2 Außentaschen, uml. Riem., bester Reißverschluß, stab. Innenfutter m. Innentasche, Boden mit Kofferngeln
DM 75.-

KOFFER Kraft
MANNHEIM J 1, 6
BREITESTRASSE

Palast-Theater und Capitol - Film-Theater
J 1, 6 (Breite Straße) MANNHEIM Am Meßplatz
Der große Erfolg!
Wir verlängern bis einschließlich Montag in beiden Theatern
Marika Rökk in dem neuen Revuefilm
„FREGOLA"
mit Rudolf Prack, Siegfried Breuer
Beginn Palast: 10.20, 11.50, 13.50 17.50, 20.00 Uhr
So. Beginn: 13.40 Uhr
Vorverkauf ab 10.30 Uhr
Beginn Capitol: 14.00, 16.30, 19.00, 21.00 Uhr
Vorverkauf ab 11.30 Uhr
Dienstag bis Donnerstag
Im Palast:
Der Liebesroman einer Tänzerin
„Ein Herz geht verloren"
in deutscher Srache
Beginn: 10.20, 12.00, 14.00, 16.05, 18.10, 20.20 Uhr
Im Capitol:
Der spannende Kriminalfilm
„Die Wendeltreppe"
in deutscher Sprache
Beginn: 14.00, 16.30, 19.00 Uhr

ALSTER-LICHTSPIELE
Mannheim an den Planken
Ab Freitag, den 18. Februar
Der große Dokumentar-Film
„Nürnberg"
DER WEG DER NATIONALSOZIALISTISCHEN BEWEGUNG UND IHRER FÜHRER

Täglich: 13.30, 15.45, 18.00, 20.15 Uhr
Kasseneröffnung: 12.00 Uhr

Sonderangebot!
Hosen
in jeder Größe und Weite

Preislagen:
18.50 20.15 24.75 34.50
Ihr Kleiderberater
Bergdolt
Mannheim H 1, 5 Breitestr.

Geschäfts-Verlegung
Meiner werten Kundschaft zur Kenntnis, daß ich ab sofort mein Geschäft nach F 3, 2 verlegt habe.
Alle Rohprodukte werden zu höchsten Preisen angekauft
Großhandelsproduktenhandlung
Otto Kornmeier
F 3, 2 und F 7, 13

Öfen und Herde
Haushaltwaren, sanitäre Installationsartikel finden Sie preiswert bei
R. & W. Striegel
S 6, 15, zwischen S 6 und T 6

ca. 100 Küchen
in bekannter Qualität, formschön und sehr preiswert, in vielen Holzarten
MÖBEL VOLK
Mannheim Qu 5, 17

Ab Samstag, den 19. Februar 1949:
Vistra Druck und
Vistra Lavable Druck
aparte Kleidermuster in modischen Farbstellungen
mtr. DM 4.95
Handelshof
RIEDER

RADIO-BOHN
J 5, 7 Tel. 415 39
Radio, Reparaturen
Röhren und Ersatzteile

ARETZ
AM MESSPLATZ
Kinderwesten Wolle, 9.75 6.75
Knaben-Pullover Wolle, 13.50 10.50
Damen-Trägerschürzen 7.90 6.90
Damen-Sportblusen 9.75

Aus eigenen Werkstätten:
Matratzen
in allen Größen, mit Rekord-Federeinlagen
friedensmäßige Ausführung
Sessel - Couches - Wandklappbetten - Bettfedern
Steppdecken
im großen Spezialhaus
BETTEN Schäfer
Mannheim, O 3, 4, an den Planken

Im 3ten Jahrhundert
HABERECKL-BIER

Auto-Elektrik, Bosch-Vertrags-Werkstätte
Heinrich Weber
MANNHEIM
J 6, 3-4 . Telefon 422 13
Diesel-Einspritzpumpen, Bosch-Hummer

Haben Sie schon Ihr Glückslos?
Höchstgewinn 1/2 Million
50 000 Gewinne zus. 12 Millionen
Stürmer
Heidelberg Postamt
Postscheckkonto Nr. 250 Karlsruhe
Spielergeheimnis wird gewahrt
Früher oder später — gewinnt bei Stürmer jeder

Inserieren im „Badischen Volksecho" bringt Gewinn!

Peter Rosenzweig
Kobellstraße 13 Tel. 508 40
Neuanfertigung v. Drahtmatratzen in allen Größen und Reparaturen

D. Hofmann
Klavier-, Flügel-, und Kassenschrank-Transport
Mannheim, G 7, 12
Telefon 517 10

Bei Kirsch, Mannheim, G 7, 17 gibt es Kuckucksuhren

Spinglers Speisegaststätte
Mannheim
Friedrich-Ebert-Straße 46
Ia SPEISEN und GETRÄNKE